

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatl. 4,00 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl., monatl. 5,20 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl., Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Ferurus Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Deutschland 10 bzw. 20 Goldpfennig, übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwieriger Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Er scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postgeschäfte: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 230.

Bromberg, Freitag den 7. Oktober 1932.

56. Jahrg.

Der große und der kleine Vertrag.

Stroński's gefährliche Pläne.

Im „Kurier Poznański“ beschäftigt sich Stanislaw Stroński weiter mit der Minderheitenfrage, und zwar gibt ihm den Anlaß dazu ein Artikel von Nathan Szwabe im „Nasz Przegląd“ Nr. 265, in dem der Chefredakteur des jüdischen Blattes sozusagen auf diekehrseit einer eventuellen Änderung des Minderheitenschutz-Vertrages hinweist. Herr Szwabe hatte dabei folgende These aufgestellt:

„Wenn die nationalen Minderheiten beweisen können, daß die Vorschriften der Artikel im Minderheitenschutzvertrag sie nicht ausreichend vor Unterdrückung bewahren, dann könnte die besondere Leichtigkeit der Modifizierung der Vorschriften leicht dazu führen, daß die Abänderung zugunsten der Minderheiten erfolgt. Es ist nicht nur leicht, diese Vorschriften zugunsten Polens umzändern, sondern es ist ebenso leicht, sie gegen Polen zu verschärfen.“

Herr Stroński bezeichnet diese Behauptung als großen Irrtum. Der Minderheitenschutzvertrag sei nämlich unterzeichnet durch die Hauptmächte einerseits und durch Polen andererseits, und wie jeder andere Vertrag könne auch dieser nur abgeändert werden mit dem Einverständnis beider Seiten. Aber im Artikel 5 hätten die Mächte ausdrücklich durch eine besondere Erklärung ihr Recht zur Änderung dieser Bestimmungen auf die einfache Mehrheit des Völkerbundes übertragen. Polen indessen als zweite Seite hat seine Rechte niemandem übertragen, d. h. irgend eine Abänderung könne nur erfolgen im Einverständnis Polens auf der einen Seite und mit einfacher Mehrheit des Völkerbundes auf der anderen Seite. Von einer Abänderung ohne Einverständnis Polens, also von einer Abänderung gegen Polen könnte nicht die Rede sein. Der außergewöhnliche internationale Schutz der Minderheiten in nur einigen Staaten ist also vorübergehend gedacht bis zu der Zeit, wo die Minderheitenrechte innerhalb dieser Staaten (Art. 1) fest bestimmt worden sind, und ein Abweichen von diesem außergewöhnlichen Stand ist ermöglicht und erleichtert (Art. 12); und deshalb ist es klar, daß einmal die Zeit kommen wird, zu der die Beseitigung des Ausnahmestandes in der Frage des Schutzes der Minderheiten aufgeworfen wird.

Bei der Forderung der Gleichheit in Sachen der Minderheiten-Verpflichtungen, d. h. in Sachen der Aufhebung dieses Ausnahmerechts für einige Staaten sehe Herr Szwabe die folgende Gefahr:

„Professor Stroński hat zu erwähnen vergessen, daß die Bemühung der politischen Grundlagen, auf denen die Schutzverträge basieren, das Aussichtstor weit öffnet, aus dem man zur Rückgabe der Territorien gelangt, die man Deutschland abgenommen und Polen zurückgegeben hat. Deutschland wird voll gerüstet wahrscheinlich nicht sehr böse darüber sein, wenn der Minderheitenschutzvertrag annulliert wird, wenn es dafür das uneingeschränkte Recht erhält, zu einem Revanchekrieg gegen Polen zu rüsten. Es kann sich sogar darauf berufen, daß diese Verträge der deutschen Minderheit angeblich nicht die gehörigen Wohltaten erwiesen haben, und daß Deutschland gerade deshalb die Revision der Grenzen erstrebt. Mit anderen Worten: Herr Szwabe sagt, wenn die außergewöhnlichen Minderheitenverpflichtungen Polens beseitigt werden, wird sich Deutschland darauf berufen können und wird damit seine Ansprüche auf die Gebiete, die ehemals zu Preußen gehörten, stützen dürfen.“

Darauf antwortet Herr Stroński mit folgenden überraschend naiven Ausführungen: „Deutschland kann das nicht. Deutschland wurde im Versailler Vertrage (Art. 93) zur Kenntnis gebracht, daß der Minderheitenschutz in Polen lediglich eine Frage zwischen den Hauptmächten und Polen ist, was dort ausdrücklich gesagt worden ist. Deutschland hat sich im voraus damit einverstanden erklärt, mit denjenigen Bestimmungen, die in einem besonderen Vertrage zwischen den Hauptmächten und Polen festgesetzt würden, und deshalb hat es sich auch mit der Art ihrer Abänderung oder ihrer Aufhebung in der Zukunft einverstanden erklärt. Deutschland wird sich also hierauf nicht berufen können; denn niemand und niemals hat man ihm die Ewigkeit dieser Ausnahmevereinbarungen gegenüber Polen zugesichert. Im Gegenteil: Polen kann heute Deutschland vorwerfen, daß es in einzelnen Gebieten, wo erheblich mehr Polen leben als Deutsche in Polen (?), die eigenen Verpflichtungen (?) nicht erfüllt. Auf der Friedenskonferenz in Paris hat Deutschland in der Note vom 29. Mai 1919 erklärt, es sei bereit, bei sich den Minderheiten dieselbe Sicherheit zu gewähren, die der deutschen Minderheit gewährt würden, und die Hauptmächte nahmen dies in der Note vom 16. Juni 1919 zur Kenntnis. Diese Verpflichtung hat Deutschland nicht gehalten und hält sie bis heute nicht. Die Behauptung, daß eine rechtmäßige erforderliche Änderung des gegenwärtigen Standes Deutschlands irgendwelche rechtliche Unterstützung gewährte bei

Kommt es zur Londoner Mächte-Konferenz?

Deutschland hat auf die Londoner Einladung bis jetzt noch nicht geantwortet.

Berlin, 6. Oktober. (PAT.) Das Conti-Bureau meldet aus maßgebender Quelle, daß die Deutsche Regierung bis jetzt auf die Einladung der Englischen Regierung zur Teilnahme an der Fünf-Mächte-Konferenz noch nicht geantwortet habe. Die Reichsregierung habe noch keine Stellung zu einer Entscheidung nach dieser Richtung hin getroffen. Deutschland fordere, daß die Londoner Verhandlungen sich auf einer anderen Grundlage abwickeln sollen, als dies auf Grund der Antwort der Französischen und Englischen Regierung auf die deutsche Declarat in der Frage der Rüstungsgleichheit vorgesehen sei. Die Bedingung der Teilnahme Deutschlands bestehne darin, daß das Thema der Konferenz genau festgelegt wird.

Im Zusammenhang mit den Meldungen, nach welchen Frankreich gefordert haben soll, auch andere Staaten zu den Beratungen einzuladen, teilt das Conti-Bureau mit, daß der englische Geschäftsträger bei der Einladung der Einladung nichts davon erwähnt habe, daß außer den fünf Großmächten, und zwar Deutschland, Frankreich, England, Amerika und Italien noch die Teilnahme eines anderen Staates in Frage komme. Die Beteiligung eines anderen Staates an der Konferenz werde Deutschland unbedingt als ein Hindernis ausehen. Schon aus diesem Grunde müsse Deutschland fordern, daß schon vorher das Thema der Beratungen genau festgelegt werde.

In der Konferenz, an der sich außer den erwähnten fünf Großmächten auch noch Polen, Belgien oder die Tschechoslowakei beteiligen sollten, könnte nicht ein Meinungsaustausch in der Frage der Gleichberechtigung stattfinden, sondern man müßte das ganze Abrüstungsproblem anschneiden. Damit wäre die Londoner Zusammenkunft, so meint das Conti-Bureau, eine Art kleine Abrüstungs-Konferenz.

Neue englische Pläne für die Abrüstungs-Konferenz.

London, 6. Oktober. (Gigene Drahtmeldung.) Berichte der Londoner Presse über die politische Lage rechnen durchweg mit der Wahrscheinlichkeit, daß die Londoner Fünf-Mächte-Konferenz nicht stattfinden wird. Es sei wenigstens noch nicht sicher, so melden die „Times“, ob sie zusammenentreten werde. Bissher habe nur Italien die Einladung angenommen. Sollte die Konferenz in der nächsten Woche stattfinden, so würde Macdonald, von dem der Vorschlag ausgegangen ist, zu diesem Zwecke nach London zurückkehren. Der vorgeschlagene Zeitpunkt war der 11. Oktober. Da die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht an der deutschen Gleichberechtigung interessiert sei, habe man keine Einladung nach Washington gesandt; aber man hätte Washington gebeten, einen Beobachter zu entsenden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Die Haltung Frankreichs und Deutschlands hätte das Schicksal der Konferenz besiegt, so daß

seinem Anspruch auf die an Polen gefallenen Gebiete, ist vollständig irrig. Ist es also ein Wunder, wenn man Deutschland, das jetzt Rüstungsgleichheit fordert, zur Antwort gibt, es möchte auch an die Gleichheit in der Minderheitenfrage bei sich selber denken? Eine Gleichheit Deutschlands auf dem Rüstungsgebiet ist niemals und nirgends vorgesehen, sondern im Gegenteil ausdrücklich aufgehoben worden, und zwar ohne den Schatten einer Bemerkung, daß sie ihm jemals wiedergegeben werden würde. Dagegen ist der Grundsatz der Gleichheit zwischen den Mächten in der Minderheitenfrage durch Besluß der Völkerbundversammlung im Jahre 1922 beschlossen worden, und die Art der Beseitigung der Ausnahmevereinbarungen für einzelne Staaten ist im voraus in den Verträgen vom Jahre 1919 vorgesehen worden. Wie kann man also in der Forderung der Gleichheit im Minderheitenrecht, die international durch einen Besluß des Völkerbundes geheiligt worden ist, eine Stütze für das deutsche Verlangen der Rüstungsgleichheit erblicken? *

„Im Auslegen seid frisch und munter!
Legt ihr's nicht aus, so legt was unter!“

Diese freundliche Aufforderung verdanken wir unserem Jahresjubilar, dem Geheimen Rat Johann Wolfgang von Goethe. Aber er hat seine „Bahmen Xenien“ nicht ganz ernst gemeint, sondern vielmehr als Schellenkoppe solchen Zeitgenossen auf den Kopf gestülpt, die sich „Recht“ verschaffen wollen, indem sie Recht verdrehen. Herr Stroński, der ganz früher einmal einen anderen Namen trug, der ihn sogar einer nationalen Minderheit einreichte, hat unseren Jubilar recht gründlich mißverstanden. Er begreift nicht den Dichterfürsten Ironie, sondern folgt ihm getreu aufs Wort. Wenn es dabei eine kleine Blamage gibt, soll es unser Schade nicht sein.

man in London keine Hoffnung mehr auf ihr Zustandekommen habe. An einigen Stellen sei man der Ansicht, daß man die Dinge weiter treiben lassen sollte in der Hoffnung, daß nach Beginn der Vollsitzung der Abrüstungskonferenz gewisse Entschlüsse einschließlich eines feierlichen Versprechens zu einer erheblichen Herabsetzung der Rüstungen gefaßt werden, auf Grund deren Deutschland wieder an den Handlungsspielraum gebracht werden könne. An anderen Stellen erblickt man jedoch in diesem Vorgehen wegen der Haltung Frankreichs keine Hoffnung auf eine Lösung. Herrriot besteht hartnäckig auf folgenden Forderungen:

1. Internationale Kontrolle der Rüstungen durch Völkerbundausschüsse,
2. automatische Feststellung der der Angreifer-Nation,
3. Aufgabe des Rechtes auf Neutralität seitens dritter Mächte.

Man könnte sich natürlich auch vorstellen, daß die Amerikaner nach den Präsidentschaftswahlen durch eine großzügige Initiative und einen starken Druck der Abrüstungskonferenz neues Leben einhauchen könnten.

In einem Leitartikel sagt der „Daily Telegraph“, daß nach englischer und italienischer Auffassung die deutsche Stellungnahme gerechtfertigt und begründet sei. Außerdem habe Deutschland ausdrücklich erklärt, daß es nicht aufzuhalten wolle, sobald das Recht auf Gleichberechtigung anerkannt sei. Die Abrüstungskonferenz müßte aber den Plan der qualitativen Abrüstung aufnehmen, wozu man nicht der Zustimmung Deutschlands bedürfe, da es bereits der Angriffswaffen herabsteht sei.

Der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ weist auf die Befürchtungen Frankreichs hin, daß Deutschland späterhin die Grenzen aufpolieren werde. Hieraus ergibt sich die Möglichkeit, daß die Mächte einem die Deutschen befriedigenden Maße der Abrüstung zustimmen würden, wenn sich Deutschland dafür mit einem längeren politischen Waffenstillstand einverstanden erklärt. Ein derartiges Angebot würde ein Prüfstein für Deutschlands Ehrlichkeit sein und könnte zurückgezogen werden, wenn Deutschland das Zugeständnis ablehnt.

„Daily Herald“ sagt, daß der Widerstand der kleinen Mächte die Hauptschwierigkeit sei, weil diese befürchten, daß man in London über ihre Köpfe hinweg zu einer Einigung kommen werde. *

Pariser Ablehnung.

Paris, 6. Oktober. (Gigene Drahtmeldung.) Die Pariser Morgenblätter sind anscheinend von dem Scheitern der Londoner Konferenz noch nicht unterrichtet. Herrriot wird übereinstimmend aufgefordert, nach Möglichkeit überhaupt nicht nach London zu gehen. Der „Figaro“ schreibt, Herrriot solle nur nach London gehen, wenn die Unantastbarkeit der Verträge garantiert und die mit Frankreich verbündeten Staaten hinzugezogen würden.

Doch nun zur Auslegung selbst, die (nach den „Bahmen Xenien“) nur eine Schiebung ist. Wir haben schon einmal in Nr. 220 vom 25. September die Entdeckung des Herrn Stroński gewissenhaft notiert. Wir haben auch nicht verschwiegen, was Herr Szwabe sang, und unsere eigenen Thesen daran gefügt. Knappe, klar und — wie der vorliegende zweite Aufsatz von Herrn Stroński zu beweisen scheint — unwiderlegbar. Wir wollen uns heute nicht mit Wiederholungen aushalten, sondern nur jene Weisheit der Auslegung beleuchten, die es Herrn Stroński besonders angetan hat. Wir meinen die Note der Deutschen Regierung vom 29. Mai 1919, in der den Minderheiten in Deutschland dasselbe versprochen sein soll, was man den Minderheiten in Polen Gutes zukommen ließe. Es handelt sich dabei um die deutschen Gegenvorschläge zu den ersten Friedensbedingungen von Versailles, in denen Graf Brockdorff-Rantzau im 2. Teil, der den deutschen Vorschlag enthielt, und zwar in dessen 2. Kapitel über „Territoriale Fragen“ (das ist sehr wesentlich) im Abschnitt B einige flüchtige Bemerkungen über den Schutz der nationalen Minderheiten niedergeschrieben hat. Warum diese Bemerkungen so flüchtig sein mußten, hat der deutsche Graf am Schlusse seiner Mantelnote wie folgt begründet:

„Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift uns gesetzte Frist war so kurz, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen; eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Dieser Friede soll das größte Vertragswerk der Geschichte werden. Es gibt kein Beispiel, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftliche Notenwechsel geführt worden sind...“

Der deutsche Vorschlag aber, auf den sich Herr Stroński zu berufen scheint, hat folgenden Wortlaut:

„Deutschland tritt allgemein für den Schutz der nationalen Minderheiten ein. Dieser Schutz wird

am zweckmäigsten im Rahmen des Völkerbundes zu regeln sei. Jedoch müssen deutscherseits bereits im Friedensvertrag bestimmte Sicherungen für diejenigen deutschen Minderheiten verlangt werden, die durch Abtretung unter fremde Staatshoheit gelangen. . . . Deutschland ist seinerseits entschlossen, fremdsämmige Minderheiten auf seinem Gebiet nach den gleichen Grundzügen zu behandeln."

Die Gegenvorschläge der Deutschen Regierung, in denen dieser Einzelvorschlag unter tausend anderen enthalten war, wurden bekanntlich mit wenigen Ausnahmen abgelehnt. So vor allem die von Deutschland verlangte Volksabstimmung für alle abgetretenen Gebiete und die Weigerung, die Provinz Westpreußen, sowie die nicht nachweisbar polnischen Teile der Provinz Posen (die nördlichen und westlichen Kreise) aus dem Staatsverbande zu entlassen. Wer den absurd Gedanken vertritt, daß ein Satz aus dem Kapitel „Territoriale Fragen“, der eine Selbstbelastung des Reichs umschreibt, die Bedeutung einer vertraglichen Bindung habe, der muß logischer Weise folgern, daß auch die entlastenden Vorschläge derselben Wirkung nicht entbehren. Das eine wie das andere ist ganz und gar unrichtig. Die deutschen Gegenvorschläge sind kein formgerechtes Vertragsangebot, sondern — wie einleitend festgestellt wird — Teil einer behinderten und durchgeföhrt Dikussion über das bereits bestehende pactum de contrahendo: die vierzehn Punkte Wilsons, die dann später im Versailler Friedensdiktat schmählich verlängert wurden. Niemand kann aus den Gegenvorschlägen der Deutschen Regierung irgendwelche Rechte herleiten. Das „Recht von Versailles“ beruht lediglich auf dem eigentlichen „Friedensvertrag“, dessen Angebot ausschließlich von den Alliierten ausging, dessen Annahme auf deutscher Seite unbestreitbar erzwungen wurde. Auch der Minderheitenschutzvertrag verdankt seine von Herrn Stroński beklagte Existenz dem großen Versailler Vertrag. Er ist nichts anderes als ein Unterertrag zur Ausführung des Art. 93 des Versailler Hauptvertrages, der folgenden Wortlaut hat:

„Polen nimmt unter Zustimmung, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte dies in einen mit ihm zu schließendem Vertrag aufnehmen, die Bestimmungen an, welche diese Mächte für notwendig erachten, um in Polen die Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten zu schützen.“

Die Stellung des Art. 93 am Schluß des achten Abschnitts des Versailler Dokuments, der die deutschen Gebietsabtretungen an Polen festlegt und verschiedene damit zusammenhängende Fragen regelt, rückt den im Art. 93 erzeugten Minderheitenschutzvertrag in die deutsche Anspruchssphäre und charakterisiert ihn als einen doppelseitigen Leistungsvertrag zugunsten von zwei Dritten. Die Alliierten „leisten“ neben der Anerkennung der Polnischen Republik den Zwang des Diktats, der Deutschland zur Abtretung wertvoller Provinzen verpflichtet. Polen verspricht dafür den Minderheitenschutz als Leistung zugunsten eines Dritten. Dieser Dritte sind einmal die Minderheiten, das Objekt des Vertrages; dieser Dritte ist aber auch — durch die Beziehung auf Art. 93 des großen Versailler Vertrages — das Deutsche Reich. „Die Deutschen mußten Polen, Westpreußen und noch einiges mehr an Polen abtreten. Dafür erhielten sie als geringes Äquivalent den von den

alliierten und assoziierten Hauptmächten mit Polen vertraglich vereinbarten und unter die Garantie des Völkerbundes gestellten Schutz für die in Polen lebenden Minderheiten. Da Polen in Versailles zu den „alliierten und assoziierten Mächten“ gehörte (trotzdem es zu Deutschland nicht im Kriegs-, sondern im Bündnisverhältnis gestanden hatte) ist es übrigens doppelt zum Minderheitenschutz vertraglich verpflichtet: einmal im „großen“ Versailler Vertrag (Art. 93) direkt als Mitglied der Diktatmächte gegenüber dem deutschen Vertragspartner, und sodann im sogenannten „kleinen“ Versailler Vertrag (dem eigentlichen Minderheitenschutzvertrag) direkt gegenüber den alliierten und assoziierten Hauptmächten, sowie indirekt gegenüber dem Deutschen Reich.

Die gegenseitigen Leistungen sind klar gegenübergestellt. Wird der Minderheitenschutzvertrag aufgehoben, oder wird der Minderheitenschutz nicht vertragsgerechterfüllt, dann bleibt auch die Gegenseite nicht mehr verpflichtet. Nichts anderes meinte Herr Nathan Szwabe als er Herrn Professor Stroński darauf aufmerksam machte,

dass die Vernichtung der politischen Grundlagen, auf denen die Schutzverträge basieren, das Ausfallstor weit öffnet, aus dem man zur Rückgabe der Territorien gelangt, die man Deutschland abgenommen und Polen zurückgegeben hat.

Auf diese Gefahr für Polen, die aus der Forderung nach Aufhebung des Minderheitenschutzvertrages resultiert, hat Herr Szwabe in Warschau eindringlich hingewiesen. Herr Stroński antwortet lebhaftig, weil es ihm so gefällt:

„Deutschland kann das nicht, Deutschland wurde im Versailler Vertrag (Art. 93) zur Kenntnis gebracht, daß der Minderheitenschutz in Polen lediglich eine Frage zwischen den Hauptmächten und Polen ist, was dort ausdrücklich gesagt worden ist. Deutschland hat sich im vorans damit einverstanden erklärt, mit denjenigen Bestimmungen, die in einem besonderen Vertrage zwischen den Hauptmächten und Polen festgesetzt würden, und deshalb hat es sich auch mit der Art ihrer Abänderung oder ihrer Aufhebung in der Zukunft einverstanden erklärt.

Diese nationaldemokratische Auslegung ist angesichts der oben näher bezeichneten Rechtslage ganz unhaltbar. Die von Herrn Stroński nicht gelungene Tatsache, daß der Minderheitenschutzvertrag im Art. 93 des großen Versailler Vertrages verankert wurde, ist der beste Beweis dafür, daß der zwischen den alliierten Hauptmächten und Polen geschlossene Schutzvertrag den Deutschen nicht einfach „zur Kenntnis“ gebracht wurde. Diese „Kenntnis“ hätte man der deutschen Seite durch eine einfache einseitige Erklärung verschaffen können, durch eine Note, die zu nichts verpflichtet, wie etwa die von Herrn Stroński in ihrem Wert völlig verschobenen Gegenvorschläge der Deutschen Regierung vom 29. Mai 1919. Man tat dies nicht. Man gab den Deutschen nicht nur „Kenntnis“, sondern man gab ihnen ein vertragliches Recht auf den Minderheitenschutz und seine Erfüllung. Und man stellte dieses Recht unter Versagung der von Deutschland allgemein geforderten Volksabstimmung ausdrücklich der deutschen Leistungspflicht, d. h. der Abtretung von großen Provinzen und anderthalb Millionen Deutschen gegenüber.

Dröhret, röhret nicht daran!

Das fordernende Deutschland.

„Heute ist es anders als gestern!“

Es ist recht interessant, einmal zu betrachten, wie der französische Nationalismus äußerster Observanz sich zu den Fragen stellt, die durch die Forderung Deutschlands nach Rüstungsgleichheit aufgeworfen worden sind. Es schreibt die ultraradikale nationalstiftische „Action Française“ in ihrer letzten uns vorliegenden Ausgabe:

„Deutschland geht im Sturmschritt vor. Es weiß, wohin es geht und weiß auch, was es will. Gegenüber den zögernden Gegnern macht es den Eindruck, seiner selbst sicher zu sein und mit fester Methode die einzelnen Etappen eines seit langem ausgereiften Planes zu erledigen. Wo sind die Seiten geblieben, wo das Reich auf den internationalen Konferenzen den Eindruck, wenn nicht eines Angestalteten so doch eines Mannes mache, der sich verteidigt, und wo seine Vertreter niedergedrückt durch die Notwendigkeit, sich darauf beschränken, mildende Umstände und Nachsicht von dem Auditorium zu erbitten? Heute hat Deutschland bei den Debatten die Initiative ergriffen. Es klagt seinerseits an, und ohne den anderen Zeit zu lassen, wenigstens das Gesicht zu wahren (denn soweit sind wir jetzt), fordert es

sofortige Genugtuung

und droht, alles zu zerschlagen, wenn man sie ihm nicht gewährt.

Herr Herrriot kündigt an, daß er in Genf noch eine Rede halten will, worauf Freiherr von Neurath damit antwortet, daß er seine Koffer packt. Es ist unmöglich, einer Versammlung, zu deren Zulassung Deutschland — es sind seither kaum sechs Jahre verflossen — seine Freude und seine Dankbarkeit ausdrückte, und wo es sich bescheiden wegen seines Mangels an Erfahrung entschuldigte, — ruhiger seine Mißachtung auszudrücken. Heute haben die Deutschen Erfahrung, und Herr von Neurath benutzt sie, um seinen Kollegen

die Tür vor der Nase anzuschlagen.

Es gibt viele Menschen bei uns, die sich lange in der Illusion gewiegt haben, daß die Deutschen nur blüfften, daß ihr Auftreten nur von Rücksichten auf die innere Politik diktiert sei, und daß es genügen würde, sie an das Gewissen der Völker zu erinnern, um eine verständige Handlung herbeizuführen. Heute ist es anders! Erhoben, gehätschelt von denjenigen, die es angriff, hat Deutschland seine Kräfte wiedergefunden und hat den Wunsch, sich ihrer zu bedienen. Alle, die an den Völkerbund glauben, alle, die von ihm leben, sagten und wiederholten es,

dass der Austritt Deutschlands eine Katastrophe für die große Institution wäre.

Konnte man anders als sich bemühen, Deutschland zurückzuhalten? Warum sollte man nicht seinen Forderungen nachgeben? Wenn man jemandem erklärt, daß seine Mitarbeit

Großmächte, denen sich Ungarn anschließt. In den Grenzen, in denen sich unsere Interessen bewegen, sind wir bereit, den weitgehendsten guten Willen gegenüber den anderen Staaten an den Tag zu legen. Wir haben die Hoffnung, daß auch die anderen Staaten sich der Vorteile bewußt sind, die sich aus dem gegenseitigen Austausch ihrer Produkte ergeben.

Soffern es sich um die Außenpolitik handelt, so beabsichtigt die Regierung nicht, irgendwelche Änderungen einzuführen. Mit besonderer Befriedigung unterstreichen wir die engen politischen und wirtschaftlichen Bande, die uns mit Italien verbinden. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß die Verhältnisse Ungarns mit allen anderen Großmächten ebenfalls gut sind. Die Lösung der Minderheitensfrage hat einen günstigen Einfluß auf unsere Beziehungen mit den nächsten Nachbarn ausgeübt.

Neue Präsidenten in Preußen.

Die kommissarische Preußische Staatsregierung hat eine Anzahl hoher Verwaltungsposten neu besetzt. Sie hat dabei u. a. vier Oberpräsidenten und vier Regierungspräsidenten neu ernannt.

Mit der kommissarischen Verwaltung wurden beauftragt für das Oberpräsidium

Ostpreußen Regierungspräsident a. D. Kutschner, Schlesien Landrat Graf von Degenfeld, Schleswig-Holstein Vizepräsident Dr. Thon, Hessen-Nassau Geheimer Oberregierungsrat Dr. von Hülsen.

Für die Regierungspräsidenten in

Stettin Landrat Göppert (Böhme) Magdeburg Ministerialrat Bachariae vom Preußischen Finanzministerium Erfurt Ministerialdirigent Bachmann vom Inneministerium Minister Staatssekretär z. D. Plünder von der Reichskanzlei;

Der Regierungspräsident in Erfurt, Freytag, ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, der Regierungspräsident von Schleswig, Abegg, ein Bruder des vom Reichskommissar entfernten Staatssekretärs, ist beurlaubt, es vertritt ihn Landrat Wallroth-Tilsit, während für Abegg eine Verwendung als Regierungspräsident in Mitteldeutschland in Aussicht genommen ist.

Gemeinsame polnische Liste

für die Reichstagswahlen.

Aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen hat das polnische Zentralwahlkomitee einen Aufruf an die polnischen Wähler in Deutschland erlassen, in dem es heißt, daß das Komitee einstimmig beschlossen habe, sich an den Wahlen zum Reichstag zu beteiligen. An die Polen in Schlesien, Ostpreußen, im Grenzgebiet, in Pommern, Westfalen, im Rheinland und in Berlin wird der Appell gerichtet, für die besondere polnische Liste zu stimmen. Das polnische Zentralwahlkomitee hält in dieser Frage kürzlich in Berlin eine Sitzung ab.

Aus anderen Ländern.

Chinesische Freischärler vor Tiflis.

Moskau, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Amtlichen Melbungen aus der Mandchurie zufolge haben chinesische Freischärler sämtliche Verbindungen westlich von Tiflis gestört, so daß die Stadt von jeder Verbindung abgeschnitten ist. Der Eisenbahnverkehr bis Charbin ist unterbrochen.

Frankreichs Appetit auf Rio de Oro.

Im Pariser „Journal“ befindet sich eine befremdliche Madrider Meldung, die ein erstaunliches Gegenstück zu den französischen stammelnden Betenerungen über die französische Friedensliebe in Genf darstellt. Ein Stammessäufpling in Marokko soll einen Angriff auf das spanische Gebiet von Cap Juby planen. Sofort haben die französischen Stellen in Madrid sich mit der Spanischen Regierung in Verbindung gesetzt und versichert, daß Spanien den französischen Truppen das Recht einräumen soll, die Aufrührer auch auf spanisches Gebiet zu verfolgen, falls sie dorthin flüchten sollen. Ein französischer sozialistischer Politiker befindet sich in Madrid und verhandelt dort darüber, daß Spanien aus militärischen Erwägungen, nämlich um die Befreiung Marokkos zu gewährleisten, das Gebiet von Cap Juby und den spanischen Rio de Oro an Frankreich abtritt und als Gegenleistung dafür eine Abtretung der französischen Interessen in Tanger eintauschen soll.

Man wird gespannt sein, welche Antwort Spanien auf diesen neuen französischen Vändrerhunger geben wird.

Stille vor dem Sturm im Stillen Ozean?

Das Marineamt der Vereinigten Staaten gibt als Entscheidung von internationaler Tragweite bekannt, daß die amerikanische Aufklärungsflottille ein weiteres Jahr im Pazifik kreuzen werde. Die Tatsache, daß die Flottille, die während der kritischen Zeit der chinesisch-japanischen Kontroverse zum Schutze der amerikanischen Interessen in China nach dem Fernen Osten geschickt worden war, weiter im Pazifik verbleiben wird, wird vielfach so gedeutet, daß Amerika eine erneute Verschärfung der Lage im Fernen Osten für wahrscheinlich hält und für alle Fälle gerüstet sein will.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 6. Oktober 1932.

Kralau — 2,89, Jawischow + 0,72, Warischau + 0,64, Bielot + 0,72, Thorn + 0,12, Norden + 0,14, Culm + 0,02, Grauden + 0,08, Kurzbrat + 0,36, Bielitz — 0,41, Dirichau — 0,56, Einlage + 2,66, Schlesienhorst + 2,88.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Pariser Luftfahrt-Sandal.

Verhaftung eines Fälschers.

Paris, 5. Oktober. (Gigene Meldung). Die Angelegenheit des angeblichen großen Luftfahrtsskandals, wonach der Direktor der zivilen Luftfahrt im Luftfahrtministerium Chaminé von dem Verwalter der Flugzeugmotorenfabrik Gnôme et Rhône und der Luftfahrtgesellschaft Cidna, Paul Louis Weiller bestochen worden sei, um seine Zustimmung zur Abgabe eines großen Aktienbündels der Gesellschaft Gnôme et Rhône an die deutsche Lufthansa zu geben, hat zum Erlass eines Haftbefehls gegen den Fälscher der Aktenstücke geführt.

Der Präsident der französischen Luftfahrtgesellschaft „Aero Postale“ Bouilloux-Lafont, die den Dienst nach Südamerika verfügt, hatte behauptet, die „Deutsche Lufthansa“ habe ein größeres Aktienbündel der Gesellschaft „Gnôme et Rhône“ aufgekauft, um der Schwesterfirma dieser Gesellschaft, der „Cidna“, die Geldmittel in die Hand zu geben, die zur Übernahme der in Konkurrenz geratenen „Aero Postale“ notwendig seien. Der Verwalter der Cidna, Weiller, soll angeblich den Ministerialdirektor im Luftfahrtministerium Chaminé bestochen haben, diese Transaktion zu unterstützen. Obgleich von der Deutschen Lufthansa mehrere Dementis ausgegeben worden waren, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß sich keine einzige Aktie der Gnôme et Rhône-Gesellschaft in den Händen der Deutschen Lufthansa befindet, überreichte Bouilloux-Lafont den Gerichten immer neue Schriftstücke, die das Gegenteil beweisen sollten. Am Dienstag händigte er dem Untersuchungsrichter sogar einige Scheine über die angeblichen Bestechungsgelder aus. Eine rasche Nachprüfung bei der Bank, auf die diese Scheine ausgestellt waren, ergab jedoch, daß sie gefälscht waren. Nachdem der Pariser Leiter der Lufthansa, von Winterfeld, bei dem Untersuchungsrichter noch einmal gegen die Unterstellung protestiert hatte, wonach zwischen der „Deutschen Lufthansa“ und der „Gnôme et Rhône“ und der „Cidna“ irgend ein Abkommen bestehen würde gegen den Sekretär Bouilloux-Lafont, einen gewissen Colin, Haftbefehl erlassen, weil er unter dem dringenden Verdacht steht, die Schriftstücke gefälscht zu haben. Colin, der einige Zeit als Propaganda-Leiter der „Aero Postale“ tätig war, ist bereits mehrfach verhaftet und hat das Gefängnis erst vor kurzem verlassen, wo er eine Strafe wegen Betruges absah.

Wie dazu ergänzend verlautet, hat die bekannte ehemalige Präsidentin der „Gazette du Franc“, Frau Hanau, sehr aktiv an der Aufklärung der Angelegenheit mitgewirkt. Die Redaktion der von Frau Hanau geleiteten Wochenzeitung „Force“ hatte vor kurzem die Dokumente der angeblichen Scheine erhalten, die den Direktoren im Luftfahrtministerium und dem ehemaligen Luftfahrtminister von der Cidna bzw. der Gnôme et Rhône überreicht worden sein sollten. Es stellte sich jedoch heraus, daß es sich um eine Fälschung handelt, so daß Frau Hanau sich veranlaßt sah, unverzüglich den Untersuchungsrichter zu benachrichtigen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verantwortlichkeit auferlegt.

Bromberg, 6. Oktober.

Bewölkung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet Bewölkung bei etwas milderer Temperatur als bisher an.

Die „Deutsche Bühne“ öffnet ihre Tore.

Die Deutsche Bühne Bromberg eröffnete gestern ihr 18. Spieljahr mit der Erstaufführung von Shakespeares „Kaufmann von Venedig“. Wenn dieser erste Abend eine Vorbedeutung für das kommende Spieljahr sein soll, dann können wir uns bereit halten, den ganzen Winter hindurch, inhaltsreiches Spiel, gepaart mit tüchtiger Darstellung zu erwarten. Unter der Spielleitung von Direktor Dr. Hans Tieke wurde die Aufführung dem großen Meister Shakespeare vollaus gerecht.

Wir kommen morgen ausführlich auf den Abend zurück, der in der fabelhaften Darstellung des Shylock durch Willy Damaskus seinen Gipfel fand.

Scharfschießen veranstaltet am 11. und 12. d. M. das 62. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

Den Tod im Kanal gefunden hat der 36jährige Restaurateur Bolesław Jezierski, Chausseestr. (Grunwaldzka) 1. über den Tod und die ihn begleitenden Umstände erfahren wir folgende Einzelheiten: Jezierski hatte am vorigen Donnerstag eine Bierreise unternommen und ließ sich dann mit einer Autotaxe durch die Stadt fahren. Als er sein Geld versahen hatte und den Chauffeur nicht mehr bezahlen konnte, fuhr ihn dieser zum 3. Polizeikommissariat. Nach Aufnahme eines Protokolls kam es auf der Straße zwischen dem Chauffeur und seinem Fahrgäst zu einer Auseinandersetzung, bei der der letztere blutig geschlagen sein soll. Er hat sich dann an den Kanal begeben, um sich im Wasser zu reinigen. Dabei ist er in den Kanal gestürzt und ertrunken. Nachdem die Familie B. Jezierski als vermisst bei der Polizei gemeldet hatte, hat man am heutigen Tage das Wasser aus dem Kanal abfließen lassen und die Leiche an der viersten Schleuse gefunden. Sie wurde in die Halle an der Schubiner Chaussee gebracht.

Schwere Brandverletzungen zog sich die Frau des Eisenbahners Michałowski, Mittelstraße (Sienkiewicza) 18, zu. Die Genannte, die 34 Jahre alt ist, war heute morgen mit der Haarondulation beschäftigt. Dabei explodierte aus bisher noch nicht aufgelisteter Ursache eine Flasche mit Spiritus. Die Frau erlitt dabei so schwere Brandverletzungen, daß sie in sehr bedenklichem Zustande in das St. Florianskloster eingeliefert werden mußte.

Einen Unfall erlitt gestern der 36jährige Eisenbahner Stanisław Bolonski, hier, Waisenhausstraße (Sieroca) 20 wohnhaft. Als er mit dem Ausbessern eines Paar Schuhe beschäftigt war, glitt ihm plötzlich das Messer aus der Hand und traf mit solcher Wucht den linken Arm, daß die Schlagader durchschritten wurde. B., dessen Verletzung ziemlich gefährlich ist, stand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Wegen Diebstahls hatte sich der 30jährige Arbeiter Andreas Nowacki vor der Strafkammer zu verantworten. Am 19. Juli d. J. stahl der Angeklagte in Znin aus der Wohnung des Kaufmanns Alfred Winkelmann zwei Uhren, Wäsche, Schuhe und eine silberne Herrenuhr im Gesamtwert von 500 Zloty. Ein Teil der Sachen konnte ihm später wieder abgenommen werden. N., der geständig ist, wurde vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß verurteilt. Der 49jährige Arbeiter Kazimierz Boroch und der 31jährige Tischler Josef Spytek von hier hatten sich gleichfalls vor der Strafkammer wegen Diebstahls zu verantworten. Im November v. J. entwendeten die Angeklagten aus einem verschlossenen Schuppen des Tischlers Leon Glapa für 100 Zloty Bretter. B. bekannte sich nicht zur Schulde und gibt an, daß der Geschädigte ihn aus Rache angezeigt habe. Der zweite Angeklagte dagegen, der früher bei G. gearbeitet hat, erklärt, daß es sich nicht um Bretter, sondern um wertlose Holzfäller handelt, die er zudem noch am Tage an sich genommen habe. Den Angeklagten kann jedoch in der Gerichtsverhandlung nachgewiesen werden, daß sie den Bretterdiebstahl in der Nacht ausgeführt hatten. B. wurde vom Gericht zu einem, S., der bereits mehrfach vorbestraft ist, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Bestrafte Körperverlegung. Die Landarbeiter Jan Goleniewski und Franz Kinalski hatten sich vor der hiesigen Strafkammer wegen Körperverlegung zu verantworten. Anfang d. J. ließ G. dem Landwirt Johann Kopps eine Sense, die er nach einigen Tagen zurückverlangte. Zwischen den Angeklagten und dem Landwirt kam es dabei aus einer geringfügigen Ursache zu einem Streit, der bald in Handgreiflichkeiten ausartete. Während der Schlägerei erhielt K. von dem G. mit einem Stock einen solchen kräftigen Schlag gegen den rechten Arm, daß dieser brach. Außerdem wurde K. noch am Kopf erheblich verletzt, so daß er seit dieser Zeit an Gedächtnisschwäche leidet. Durch die Zeugenaussagen konnte nur dem ersten Angeklagten die Schulde nachgewiesen werden, der auch vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß verurteilt wurde.

Aus dem Landkreis Bromberg, 5. Oktober. Die Landgemeinden Bachwitz und Moritzfelde wurden dem Polizeibezirk Monkowatz (20 Kilometer entfernt) zugeordnet.

Ex Exin (Kęsina), 4. Oktober. In einer der letzten Nächte wurde bei dem Landwirt Deter in Kowalewo ein fettes Schwein gestohlen. Die Diebe sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen. — Dem Landwirt Heinrich in Neudorf wurden aus dem gut verschlossenen Stall 20 Hühner gestohlen. — Der Molkerei in Ludwiskowo statteten ebenfalls unbekannte Täter einen Besuch ab und nahmen 19 Pfund Butter mit. — Das Dienstmädchen der Witwe Bartosch aus Schmalberg half dem Landwirt Rzepczyk die Kartoffeln ausmachen. Als sie hinter der Maschine ging, wurde sie von dem Pferd des R. in den Rücken geschlagen. Der hinzugezogene Arzt stellte innere Verletzungen fest. — Der heutige Wochenmarkt war ziemlich belebt. Die Nachfrage nach Eiern war groß; die Mandel kostete 1,70, Butter brachte 1,50—1,60 pro Pfund.

Z. Frombork, 5. Oktober. Überfallen wurde in der ul. Szumborska der hiesige Einwohner Michał Krystofil von vier Strolchen, die ihm 5 Zloty Bargeld und verschiedene Dokumente raubten. — In der hiesigen evangelischen Kirche, die mit Erntegaben reich geschmückt war, wurde das Erntedankfest feierlich begangen. Eine besondere Freude wurde den Armen und Armuten der Gemeinde zuteil durch die Verteilung der reich gespendeten Erntegaben. — In Slawsk Dolny brach aus bisher unmittelbar Ursache ein Feuer aus, dem die mit Stroh bedeckte Scheune und zwei Schuppen, Eigentum der Besitzerin Frl. Szefiga, zum Opfer fielen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Z. Posen (Poznań), 5. Oktober. Gestern mittag verlor der Vater einer Getreidefirma in der fr. Wilhelmstraße 4000 Zloty. Kurz darauf meldete sich der seit zwei Jahren arbeitslos Tübist des Symphonieorchesters Józef Tomaszki bei der Polizei und gab das von ihm gefundene Geld ab. Diese Christlichkeit ist um so höher zu veranschlagen, als der Finder verheiratet, Vater mehrerer Kinder und vor etlichen Wochen, da er die Miete nicht bezahlen konnte, aus seiner Wohnung evakuiert worden ist. — Ein geradezu „glänzendes“ Ergebnis zeigte eine vor der Handwerkskammer veranstaltete Meisterprüfung im Konditorgewerbe, indem von 18 angelaufenen Prüflingen sage und schreibe einer bestand, der Bäckermeister Stanisław Łajp aus der Kirchstraße. — Die Schwestern Konstanzia Tużyna wurde für ihre 42jährige Tätigkeit in der städtischen Kranken- und Armenpflege durch Verleihung der Städtischen Verdienstmedaille ausgezeichnet. — An der Ecke Alter Markt und Neuestraße stieß ein Personenkraftwagen mit einem Straßenbahnwagen so heftig zusammen, daß das Auto in das Schaufenster der Kwiakowskischen Papierhandlung geschlendert wurde und die Scheibe im Werte von rd. 1000 Zloty in die Brüche ging. — Wegen Beleidigung des Staatsanwalts Grabyl gelegentlich eines Strafprozesses hatte sich der Kaufmann Alexander Małachowski vor dem Bezirksgericht zu verantworten, wurde aber freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft legte gegen das freisprechende Urteil Berufung ein. — Wegen Beleidigung des Marschalls Piłsudski wurden die Mitglieder des „Großpolnischen Lagers“ Felix Holszak zu einem Monat und Bernhard Pück zu einem Monat und zwei Tagen Haft verurteilt.

Z. Posen (Poznań), 5. Oktober. Vor dem Appellationsgericht als Revisionsinstanz hatte sich der 24jährige Landwirt Stanisław Nowaczyk aus Neryngowo, Kreis Gnesen, wegen Totschlags an seinem Vater, dem Rittergutsbesitzer gleichnamigen Namens, zu verantworten. Unerhörliche Familienverhältnisse, an denen der Getötete infolge seines unmoralischen Lebenswandels die Hauptshuld trug, führten zu stürmischen häuslichen Auseinandersetzungen, bei denen Nowaczyk sen. seine Frau mit ihren vier Kindern schwer misshandelte, so daß sich die Frau mit ihren Kindern veranlaßt sah, das Haus zu verlassen. Als sich die Frau eines Tages im Jahre 1929 zu ihrem Mann begab, um ihn zur Zahlung von Unterhaltskosten zu veranlassen, prügelte der Ehemann auf sie ein. Der Sohn Stanisław, der Zeuge dieser Szene war, stach den Vater durch zwei Schüsse nieder und stellte sich selbst der Polizei. Er wurde von der verstärkten Gnesener Strafkammer zu 10 Jahren Buchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Appellationsgericht ließ als Milderungsgrund die höchste Erregung des Angeklagten gelten und verurteilte ihn zu fünf Jahren Ge-

Panflavin-PASTILLEN
zum Schutz
gegen
Halsentzündung u. Erkältung!
In allen Apotheken erhältlich

fängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. — Bei Demben warf sich das Dienstmädchen Hélène Holoda aus Demben, vermutlich wegen Liebeskummers, vor einen Zug und wurde auf der Stelle getötet. — Bei Antoninek fuhr ein Postkraftwagen so heftig gegen einen Baum, daß die Insassen des Autos, eine Auguste Dzieniuk aus Warsaw, und der Chauffeur lebensgefährlich verletzt wurden.

w. Tremessen (Trzemeszno), 5. Oktober. Feuer brach auf dem Hof des Landwirts Guzick in Wymyslowo aus unbekannter Ursache aus. Es brannten hier Scheune und Stall vollständig nieder. Mitverbrannt sind sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und ein großer Teil des Brotgetreides. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Am Freitag in der Abendstunde schlichen sich drei arbeitslose Burschen in die Wohnung des Landwirts Kierntop in Wymyslowo Ad. Da sich niemand in der Wohnung befand, entwendeten sie einen neuen Anzug, eine goldene Taschenuhr und drei neue Damenkleider im Werte von 250 Zloty. — In derselben Nacht stahlen Diebe dem Dampfsägematerialverwalter Kowalski in Huta pal. 20 Bentner Karrosseln vom Felde aus der Miete.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Der Henker protestiert.

Er will weiter sein Handwerk ausüben oder regelrecht pensioniert werden.

Der Henker Maciejewski hat, wie wir bereits berichteten, seine Entlassung erhalten. Er hat nun, dem „Flisztowiany Kurier Godzienny“ aufgefolgt, gegen diese Maßnahme beim Justizministerium eine Beschwerde erhoben. Darin hebt der Henker Maciejewski hervor, daß er während seiner Praxis 100 Todesurteile zur Zufriedenheit vollstreckt habe. Für diese Behauptung brachte er Becheinigungen von Staatsanwälten ein, die an den Exekutionen teilgenommen hatten. Der ehemalige Henker beschwert sich darüber, daß er ein Opfer der Intrigen und des Neides seiner Gehilfen, besonders seines früheren Gehilfen Braun sei.

Gleichzeitig reichte Maciejewski eine Klage beim Obersten Gericht mit der Forderung ein, ihm eine Pension zuverkennen, falls man ihn nicht wieder als Henker beschäftigen sollte. Maciejewski hatte die Absicht, in seiner Sache allen Sejmklubs eine spezielle Denkschrift vorzulegen; er erschien auch im Vorraum des Sejmgebäudes, wurde jedoch von der Wache verhindert, das Innere des Gebäudes zu betreten.

Doppelmord.

Bauern, die sich auf dem Wege nach Wielun befanden, bemerkten in der Nähe von Nowa Wies, Kreis Wielun, im Strakenaraben die Leiche eines Mannes. Der Tote hatte einen Messerstich ins Herz erhalten. Bald darauf fanden sie nicht weit von der ersten Leiche im Walde eine zweite Leiche, die ebenfalls Stichwunden aufwies. Von der Entdeckung wurde die Polizei in Kenntnis gesetzt, die sofort eine Untersuchung einleitete. Einige Stunden später wurde festgestellt, daß auf dem Markt in Wielun ein herrenloser Bauernwagen mit zwei Pferden stehe. Es gelang daraufhin festzustellen, daß die Tormordeten Adam Lupaś und sein Sohn Wladysław waren. Mit dem Wagen des Lupas war ein etwa 20 Jahre alter Mann auf den Markt gekommen, der das auf dem Wagen befindliche Getreide zum halben Preise verkaufte. Nach Lage der Toten und aus anderen Anzeichen läßt sich schlüpfen, daß der Verbrecher in der Nacht gegen 2 Uhr Lupas gebeten hatte, ihn nach der Stadt mitzunehmen. Unterwegs ist er anscheinend mit dem Sohn Lupas ausgestiegen und hat ihm das Messer in den Rücken gejagt. Dann ist er dem Wagen nachgeestellt und hat auch den älteren Lupas ermordet.

Aleine Rundschau.

Die Zeit von zwei bis fünf Uhr im Menschenleben.

Auf der Wiener Tagung der Gesellschaft deutscher Kinderärzte hat Professor Dr. Jenny aus Zürich außerordentlich fesselnde Angaben über den Zusammenhang der Tages- und Nachzeiten mit dem menschlichen Leben gemacht. Die meisten Todesfälle ereignen sich in den drei Stunden von 2 Uhr nachts bis 5 Uhr früh. Merkwürdigweise fallen aber auch die meisten Geburten in die gleiche Zeit. Professor Jenny hat 350 000 Geburtsanzeigen und Todesanzeigen bei den schweizerischen Standesämtern daraufhin untersucht und ist zu dieser zweifellos interessanten Feststellung gelangt. Professor Jenny sucht aber nun nach einem Grund für dieses merkwürdige Zusammentreffen. Er kommt schließlich zu dem Ergebnis, daß die beiden Zahlen für die Todesfälle und die Geburten mit dem Stand der Sonne am Himmel in Verbindung stehen müssen, weil die einzelnen Geburts- und Todeszeiten in Stunden liegen, in denen die Sonne einen ganz bestimmten Punkt am Himmel oder unterhalb des Horizontes einnimmt. Jenny hat ferner festgestellt, daß die Mehrzahl der durch Tuberkulose herbeigeführten Sterbefälle bald nach Mitternacht eingetreten ist, dagegen die Todesfälle, die auf Ernährungsstörungen beruhen, nach 5 Uhr früh sogar eher an 6 Uhr erfolgen. Die Beobachtungen Prof. Jennis, die durch ähnliche Untersuchungen in anderen Ländern noch unterstellt werden müssen, eröffnen jedenfalls der wissenschaftlichen Forschung ein neues Feld.

Chef-Redakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arnos Tröse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sępko; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. s. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 230



Man muss sich vorstellen, dass seit mehr als 30 Jahren an der Vervollkommenung dieses einzigartigen Backpulvers gearbeitet wird. „Backin“ war schon vor 35 Jahren gut — und gerade deshalb war es doppelt schwer es noch weiter zu verbessern. Unermüdliche Forscherarbeit und zahllose Versuche haben nun ein Endprodukt erbracht, von dem man sagen kann

es ist unvergleichlich!

Alle Hausfrauen wissen es. Deshalb backen sie nach Oetkers-Rezepten und sind damit vor Fehlschlägen bewahrt. — Eine Fülle von praktischen Back-Rezepten bieten „Dr. Oetker-Rezepte“ Ausg. F (Preis 40 Gr.) und „Dr. Oetker's Schul-Kochbuch“ (Preis 85 Gr.) zu haben in den Lebensmittelgeschäften; sonst gegen Voreinsendung von Marken bei Dr. August Oetker, Oliva.



Verreist
vom 3. — 22. Oktober 8119

Professor Dr. Petruschky
Danzig-Langfuhr, Baumbachallee 5.

W tutejszym rejestrze spółdzielczym
wpisano przy firmie

**Toruńska Spółdzielnia Handlowa
z ogr. odp. w Toruniu**

że Karol Hansel ustąpił, w jego miejsce wybrano członków zarządu Elżbietę Bauer i Zofię Ciernicką, obie z Torunia.

Uchwała walnego zebrania z dnia 27. 6. 1932 zmienione § 12 statutu w ten sposób, że zarząd składa się z dyrektora i dalszych 2 członków zarządu.

Toruń, dnia 23-go września 1932 r.

Sąd Grodzki.

**Sensationelle praktische Neuheit!
Ondulationskamm**
der doppelwellige Ondulation erzeugt

GRZEBIEN ONDULACYJNY

Onduliert kurzes u. langes Haar ohne Brennscheere. Nadeln oder sonstige Hilfsmittel nur auf natürlichen Wege, durch gewöhnliches Kämmen. Solide und dauerhaft hält er jahrelang. Unentbehrlich für Damen und Herren. Sie sparen Ausgaben!“

den Friseur u. haben doch stets schön onduliertes Haar. Versand per Nachnahme. Wir bitten sofort zu bestellen 7864.

KADEWU
Lódz
Skrz. poczt. 405,
Oddział 100.

2 zt
pro Stück ab.

Erfolgr. Unterricht
i. Englisch u. Französisch,
erteilt L. u. A. Turbacz,
Cieślowskiego 24 I.,
(rue de la). Französisch-
englische Überleitung.
Langjähr. Aufenth. in
England u. Frankreich.

Tischler arbeiten
werb. billig ausgef. 3832
Grunwaldzka 36, Hof.
Hauschneiderin em-
pfehl. M. Schumann
Gdańska 87, W. 5. 3807

Balten
Ranholz
Schalbretter
u. eröffnet. Zu-
boden ließ. billigt
Sägewerk Meyer.
Gordonka 48. 3718

Felle!
Alle Sorten Felle werden
zum Verkauf angeboten
auf allen Märkten an-
genommen, und zwar:
Fuchsfell v. 2—5 31.
Zit. v. 1—2 31.
Marder v. 3—5 31.
Schaffell v. 1—6 31.
Rattenfell v. 1—2 31.
Ziegenfell v. 1—5 31.
u. s. w. 8087

6000 zt
für 1. Stelle auf gutes
Niedergangsgrundstück,
22 Mrq. groß, gefügt.
Off. unt. Nr. 30 an die
Gazeta Nowa, Nowe
(Pomorze) erb. 8111

Gesucht 3. 15. Novemb.
verheirateter

Gutsverwalter.
Bewerbungen m. aus-
führlichem Lebenslauf
u. Zeugnisschrift an
Herrlichkeit Riefa,
p. Nowemiasko n. W.,
pow. Jarocin. 8094

Drahtseile
außer Syndikat für
alle Zwecke liefert
B. Muszyński,
Seiffabrik, Lubawa. 788

Heirat

Förster, 32 Jahre alt,
dtch. - fath. in Dauerstellung, sucht
deutschspr. verm. Dame
zwecks späterer Heirat
fenn. a. lern. Offert mit
Bild (welch. zurückgel.
wird) unter E. 3839
a.d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Ausländerinnen
reiche u. viele vermögd.
deutsch. Damen wünscht
glüdl. Heirat. Auslust
überzeugt Herrn, auch
ohne Vermögen. Vor-
lage sofort, auch an
Damen. Aust. kostlos
Stabren. Postamt 113,
Berlin. 7067

Eleve

Landwirtssohn, i. 2000
Morg. großes Gut zu
sofort gefügt. Polnische
Sprache Bedingung.
Angebote unter D. 8092
a.d. Geschäft. d. Zeitg. erb.

Bankverein Sępolno

eingetr. Genoss. m. unb. Haftpflicht
gegründet 1883.

Günstige Verzinsung

von 8115

Spareinlagen.

An- und Verkauf
ausländischer Geldsorten.

Bruchleidende

Das Original

Spritzband D.R.P. 542187

ohne Feder, Gummi oder Schenkelriemen, hält den schwersten Bruch sicher von unten nach oben zurück und ist eine Erlösung von dauernder Qual. Tag und Nacht tragbar. Äußerlich empfohlen. Volle Garantie. Vollständig ohne Konkurrenz. Auch Frauen und Kinder. Verstellbar ohne komplizierte Vorrichtung. Empfehlungen von Geheilten.

Max Albatro, Breslau, Bohrgerfir. 46.
Prospekt u. Mahanleitung doppelt. Rückporto.
Patent-Spritzband von 15 Reichsmark an.
Antifragungen liegen zur Einsicht aus. Herr G. St. 68 Jahre alt, schreibt: 6 Wochen geheilt.
— Herr A. S. in L.: Das beste Band der Welt: in kurzer Zeit geheilt. Herr O. H. in R.: Kann das Spritzband jedem Leidenden empfehlen. Sitzen gut, bequem; in turzem geheilt.

So lauten die einlauffenden Briefe u.w.
Leibbinden bis zur allerhöchsten Ausführung
bei billigsten Preisen.

für Bruchleidende u. Vorfallleidende Sprechtag
in:
Dirschau, Hotel Central, Rynek, Freitag,
7. Oktober, 9—13 Uhr.
Kartuzy, Hotel Pomorski, Sonnabend,
8. Oktober, 9—13 Uhr.
Rościerzna, Hotel Pomorski, Sonntag,
9. Oktober, 9—13 Uhr.
Grudziądz, Hotel Goldener Löwe, Montag,
10. Oktober, 9—13 Uhr. 8032

Geldmarkt

Mühlenlaufmann

sucht mit größerem
Kapital

Beteiligung

an Mühle od. Getreide-
handel. Angeb. unter
M. 8089 an die Ge-
schäftst. die. Zeitung.

Sich Kapitalsanlage

Auf erstklassiges, schul-
freies Hausgrund-
stück wird erststellige
Hypothek von 8093

10.000 zt

gelebt. Näheres durch

RaiFFEISEN

Łaslin, Pomorze

**ländliche amorti-
sierte Hypot. elen.**

7% Kurs 83,25, bevorigt

Meyer, Gdańsk 125. 3825

Goldfüllfederhalter

werden schnell und preiswert

repariert.

A. Dittmann T. z. Bydgoszcz

Marszałka Focha 6.

Offene Stellen

Gesucht 3. 15. Novemb.

verheirateter

Gutsverwalter.

Bewerbungen m. aus-
führlichem Lebenslauf

u. Zeugnisschrift an
Herrlichkeit Riefa,

p. Nowemiasko n. W.,

pow. Jarocin. 8094

Suche

Stubenmädchen

gesucht im Servieren

u. Nähen, vom 15. Okt.

Zeugn. eindess. Frau

Jenne Weissermel,

Słotewo, p. Malti. 8111

Für mein Haus u.

Aufgeräte-Geschäft

verbunden mit Eisen-
waren- u. Installa-
tions-Material in Gö-
ttingen. Ich eine 8104

Hofverwalter

gelebt, evangel. ledig,

firm in landwirtschaftl.

Buchführung, Speicher-

verwaltung, Viehfütte-
lung. Poln. Sprache

im Wort u. Schrift ist

Bedingung. Meldepunkt

Zeugnisabschrift sowie

Gehaltsforderung ein-
zuenden unter E. 8117

an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

Gesucht zum 15. d. Mts.

einküchenmädchen

welch. Koch. kann u. das

Federov. bejorg. muß. 8888

Frau Bigafe, 8824

Nomakowo, p. Nallo.

Chrystisches, sauber. 8824

Aufwartemädchen

gelebt. Zu erfr. in der

Geschäftsst. die. Zeitg. erb.

als Gutsfänger

bei beispiel. Ansprüch.

Bin engl. ledig, 24 J.

alt und mit allen vor-

nommend. Sattl.- sow.

Voltz. vertraut.

Gefl. Zukchr. unt. „Guts-

fänger“ E. 8120 an die

Geschäftsst. die. Zeitg. erb.

Suche eine

Landwirtssohn

zu kaufen od. zu pacht.

mit nur gut. Boden u.

Gebäuden. Beläge ca.

12000 zt. später noch

6000 zt. Off. u. E. 8010

an die Gst. dieser 3tg.

Suche eine

Landwirtssohn

zu kaufen od. zu pacht.

mit allen vor-

nommend. Sattl.- sow.

Voltz. vertraut.

Gefl. Zukchr. unt. „Guts-

fänger“ E. 8120 an die

Geschäftsst. die. Zeitg. erb.

Suche eine

Landwirtssohn

zu kaufen od. zu pacht.

mit nur gut. Boden u.

Gebäuden. Beläge ca.

12000 zt. später noch

6000 zt. Off. u. E. 8010

an die Gst. dieser 3tg.

Suche eine

</

Bromberg, Freitag den 7. Oktober 1932.

Pommerellen.

6. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

Der Haus- und Grundbesitzer-Verein

hielt am Dienstag abend im „Goldenen Löwen“ eine Hauptversammlung ab. Nach Eröffnung der Versammlung durch den stellvertretenden Vorstehenden Stadtbaurat a. D. Witt, nahm Magistratssekretär Kryszanowski das Wort zu einem Informationsvortrage über das neue Meldewesen. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß das in der Stadt verbreitete Gerücht, die Angelegenheit der Hausnummern-Laternen wäre gänzlich aus der Welt geschafft, keineswegs den Tatsachen entspreche. Diese Sache, die aus mehrfachen Gründen bis jetzt noch zurückgestellt sei, würde zu gegebener Zeit ebenfalls in Wirklichkeit treten, worüber der Magistrat dann eine Bekanntmachung erlassen werde. Zur Besprechung der 3. Etappe des Meldewesens, der Enquête, übergehend, legte der Redner deren Zweck dar und machte darauf aufmerksam, daß in der vom Magistrat herausgegebenen, im Meldeamt unentgeltlich zu erhaltenen Instruktion alles über die Art und Weise der auszufüllenden einzelnen Formulare eingehend enthalten sei. Es seien vor allem drei Kategorien von Bewohnern zu unterscheiden: ständige, vorübergehend anwesende und Ausländer. Gemeindet werden muß, wer länger als drei Tage sich hier am Orte aufhält, innerhalb der nächsten 24 Stunden. Als vorübergehend Anwesende gelten in Spitälern weilende, Schulen besuchende und sonstige Besucher. Vor Ankauf der Enquêteformulare muß von dem Hausbesitzer oder seinem Vertreter (Meldungsführenden) die Zahl und Art der Hauseinwohner ermittelt werden. Bei den ständigen Einwohnern muß man diejenigen unterscheiden, die vor dem 1. 1. 31 nach Graudenz gekommen sind und solche, die erst nach diesem Termin hierher zogen. Nachdem die Formulare an die Mieter ausgeteilt sind, ist ihnen zur Ausfüllung eine Frist zu gewähren, die aber den 1. 11. d. J. nicht überschreiten darf. Nachdem der Hausbesitzer resp. Vertreter die Formulare von den Mieter zurückgehalten hat, muß er die Angaben prüfen, dann unterschreiben und den Sammelbogen ausfüllen, weiter die vorgeschriebenen Eintragungen ins Haussmeldebuch machen und dann alles auf dem Meldebureau vorlegen. Der hierfür festgesetzte Termin — 1. 11. d. J. — darf nicht überschritten werden. Mit besonderem Nachdruck wies der Vortragende darauf hin, daß die Mieter in der vom Magistrat erlassenen Bekanntmachung energisch darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie dem Hausbesitzer bzw. dem die Meldepflichten Ausführenden alle notwendigen Auskünfte zu erteilen haben. In Weigerungsfällen sollte man die Hilfe des Magistrats in Anspruch nehmen. Redner behandelte des weiteren noch in größeren Umrissen die Art des Umgehens mit den kleinen Enquête- bzw. Meldeformularen, von denen die weißen für die ständigen, die grünen für die vorübergehenden Einwohner und die roten für die Ausländer bestimmt sind. Der blaue senkrechte Strich kennzeichnet die betreffenden Abmeldeformulare. Der an den Formularen unten angeheftete Abschnitt dient zur Bestätigung der An- und Abmeldung, und wird nach Ausfüllung der Rückseite durch die Behörde von dieser den An- und Abmeldenden zurückgegeben. Zum Schluß seiner von den zahlreich Anwesenden mit begreiflicher Aufmerksamkeit verfolgten Darlegungen gab der Vortragende noch einige Hinweise über die Meldepflicht selbst, die bei Hotels, Pensionaten usw. den Behörden gegenüber nicht wie bei Einzelpersonen, erst nach drei Tagen, sondern bereits schon nach 24 Stunden eintritt. Die Abmeldung von Personen, die Ort oder Wohnung verlassen, hat gegenüber der Behörde innerhalb 48 Stunden nach Eintritt des Wechsels zu erfolgen. Die An- und Abmeldungen bei den Behörden liegen den Hausbesitzern oder ihren Vertretern ob, während die Mieter in bezug auf An- und Abmeldung der Meldepflicht beim Hauswirt oder dessen Vertreter unterliegen. Redner behandelte hierbei noch etwas die für militärisch tätige Personen in manchen Punkten besonderen Bestimmungen und erläuterte etwaige Bedenken, dahingehend, daß dem Hausbesitzer aus seinen Meldepflichten eine allzu große Verantwortung aufgebürdet würde. Der Hausbesitzer oder sein Vertreter könne natürlich nur für das haftbar gemacht werden, was er selbst wahrnehme. Etwasige Verstöße von Meldepflichtigen, die ihm nicht zur Kenntnis kommen, könnten ihn demnach auch nicht treffen. Endlich ersuchte der Redner noch, vor der Beauftragung von anderen Personen mit der Wahrnehmung der Meldepflichten sich mit deren Meldebureau in Verbindung zu setzen. Es sei nämlich die Wahrnehmung gemacht worden, daß von Hausbesitzern gänzlich ungeeignete Leute mit der Ausübung der Meldefunktionen beauftragt worden seien.

Dem Vortragenden wurde vom Versammlungsleiter für die aufschlussreichen Darlegungen Dank gefagt und so dann nach kurzer, unwesentlicher Debatte die Versammlung geschlossen.

Die Vorfälle im Centralhotel vor Gericht. Das Bezirksgericht in Graudenz befasste sich am Dienstag mit den Anschreitungen, die von einigen jungen Leuten im Juni d. J. im Garten des Centralhotels während des dortigen Dancings gegenüber Juden begangen worden sind. Wie s. St. mitgeteilt, wurden damals einige junge Juden von mehreren Personen angegriffen und geschlagen. Während des Kravalls griff einer der Juden namens Erlich zu seiner Selbstverteidigung zum Revolver, wobei ihm einer der Angreifer den Arm festhielt. Dabei ging die Waffe los, und die Kugel traf den Stammesgenossen des E. Romberg, am Arm. Zu verantworten hatten sich dreizehn junge Leute im Alter von 19 bis 26 Jahren. Nach der Anklage haben sie zu dem Zwecke, um die jüdischen Besucher aus dem Garten zu vertreiben, ihnen gegenüber Gewalt verübt, sie geschlagen und gestoßen. Hauptangeklagte sind drei junge Leute namens Hinc, Przybylowicz und Dybowksi, vermutlich Mitglieder des jetzt aufgelösten „Obwiedpol“. Die Verhandlung, zu der eine Anzahl Zeugen geladen waren, wurde schließlich auf Antrag der Angeklagten und des Staatsanwalts auf Ladung neuer bzw. auf Herausziehung von nicht erschienenen Zeugen auf Dienstag, 11. Oktober d. J., vertagt.

Das Krankenhaus eingeliefert wurde am Dienstag eine weibliche Person. Sie hat mittels Aufforderungen der Pulsader in selbstmörderischer Absicht sich ein Leid zugefügt. Der Zustand der Bedauernswerten läßt für ihr Leben keine Befürchtungen aufkommen.

Großer Gelddiebstahl. Am Dienstag abend kehrte der Viehhändler Bolesław Tumowia k aus Koźnicz (Chojnice) in Gesellschaft eines Kollegen in einem hiesigen Hotel ein. Sie mieteten ein Zimmer, verweilten einige Stunden und verließen dann das Gasthaus. Bald darauf kehrte T. zurück und erklärte, daß ihm ein Geldbetrag von 10.590 zł. und 200 deutschen Mark entwendet worden sei. Im Polizeirapport, der den Fall meldete, wurde als vermutlicher Täter ein Händler angegeben, der per Auto in Richtung Schweidnitz gefahren sei. — Bei der Erledigung eines Ankaufs in einem hiesigen Geschäftshause legte Maria Pieronikowska, Courbierstraße (Kosciuszki) 26, ihre einen Betrag von 180 Złoty enthaltende Handtasche auf eine Brüstung. Das machte sich ein Dieb zunutze, stahl Tasche und Inhalt und verschwand.

ganze Angelegenheit als einen Scherz hinzustellen. Das Gericht glaubte ihnen diese Ausrede jedoch nicht und erkannte auf je 6 Monate Gefängnis, wobei es dem D. mit Rücksicht auf seine bisherige Unbestraftheit Strafausschub gewährte.

Ein unangenehmes Erlebnis, das einer „heilkraftigen“ Wirkung jedoch nicht ermangeln dürfte, hatte ein hiesiger Bürger, der die Preisherabsetzung des Monopolchapses ganz gehörig gespürt hat. Auf dem schwankend angekommenen Heimweg wurde er in der Nähe des Grümmühlenreiches von drei Männern angehalten, die ihm Mantel, Jacke und Hose auszogen, und auch noch den Hut wegnahmen. In annähernd paradiesischem Zustand, dafür aber stark ernüchtert, kam der Verachtete zu Hause an und schwor sich, nie wieder zu tief ins Glas zu gucken.

Ein Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Montag in die Kanzlei der Gemeindeschule an der Schulstraße (ul. Sienkiewicza) verübt. Den Tätern fielen neben Bargeld in Höhe von 25 Złoty acht Gummi- und zwei Ledertaschen in die Hände. Sie konnten unerkannt entkommen.

Aus dem Landkreise Thorn, 5. Oktober. Der tägliche Diebstahl nimmt weiter gar kein Wunder mehr und vorläufig ist davon wohl auch kein Ende abzusehen. Besonders wissen die Dorfbewohner in der Thorner Niederung sich kaum noch der Diebereien zu erwehren, so daß sogar schon Bauernwirtschaften dazu übergehen, eigene Nachtmächer anzustellen. Vielfach will man die Beobachtung gemacht haben, daß größere Trupps von Spitzbuben in der Weise zusammenarbeiten, daß einzelne von ihnen als „Gelegenheitsarbeiter“ vorgeschnitten werden. Wenn diese dann die Gelegenheit gut ausgenutzt und mit den Verhältnissen und Gewohnheiten sich gut vertraut gemacht haben, auch mit den Hunden „befreundet“ sind, dann wird an die Ausführung des Diebstahls gegangen. Wie ist es anders zu erklären, daß z. B. in dem einen Falle der eiserne Geldschrank unberührt blieb und statt dessen der Schreibtisch hinausgetragen, auf demselben zertrümmert und ausgeraubt wurde, in dem sich tatsächlich das Geld befand. Bei den Lohnzahlungen hatte der Besitzer stets aus diesem Gewahrsam Geld in Gegenwart der Leute genommen. Und während der Ausführung der Tat hatte auch nicht einer der scharfen Hunde angeklungen! Daß angesichts solcher Verhältnisse die Landleute dem vor der Tür stehenden Winter mit größter Sorge entgegesehen und sich bei Zeiten auf Selbstschutz einzustellen, ist nur zu erklären.

Briesen (Wąbrzeźno), 5. Oktober. Unbekannte Diebe drangen in die Wohnung des Landwirts Helbrich in Wittenburg ein und stahlen Garderobe und einen größeren Posten Wäsche. — Diebe statteten dem Geflügelstall des Lehrers Pawlicki in Walczyk einen Besuch ab und ließen dabei mehrere Enten mitgehen. — In Drzeżdżówko ist bei mehreren Landwirten die Schweinepest ausgebrochen. Es sind bereits behördliche Gegenmaßnahmen angeordnet worden.

Culmsee (Chelmza), 5. Oktober. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde zunächst das Andenken der tödlich verunglückten Flieger Zwirko und Wigura durch Erheben von den Säulen geehrt. Sodann wurde der Bericht der Revisionskommission über die Prüfung der Jahresrechnungen für das Jahr 1931/32 entgegengenommen. Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurde über die Bilanz und die laufenden Angelegenheiten der Kommunalsparkasse der Stadt Culmsee beraten.

Gdingen (Gdynia), 5. Oktober. Eine blutige Schlägerei entstand gestern in der Wohnung des 40jährigen Tomiak zwischen dem Genannten und dessen Untermieter Jakubski wegen Regelung von Wohnungsmiete. Mit verschiedenen Gegenständen schlugen beide aufeinander ein. Tomiak erhielt einen Messerstich in die Stirn, trotzdem dauerte der Kampf, bis beide blutüberströmt zusamm

Thorn (Toruń).

Der Wasserstand der Weichsel nahm in den letzten 24 Stunden um 2 Centimeter zu und betrug Mittwoch früh 0,18 Meter über Normal. Die Wassertemperatur fiel um 1 Grad auf 9 Grad Celsius. — Aus Warschau trafen die Dampfer „Warszawa“ und „Halka“ ein, während Dampfer „Francja“ nach dort startete. Dampfer „Batory“ fuhr von hier nach Dirschau ab, Dampfer „Eleonora“ von hier nach Danzig. Auf der Fahrt von Dirschau bzw. Danzig nach Warschau passierten die Dampfer „Mieczkiewicz“ bzw. „Pospieżny“, auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau Dampfer „Warzeniec“. *

Apothekenacht Dienst von Donnerstag, 6. Oktober, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 13. Oktober, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 9. Oktober, hat die „Central-Apotheke“ (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chelmnicka) 6, Fernsprecher 169.

Der Unterstützungsverein „Humanitas“ veranstaltete am 1. d. M. sein diesjähriges Volksfest, dessen Reinertrag für die Weihnachtsbelebung der bedürftigsten Armen bestimmt ist. Das Fest wurde durch eine kurze, sehr heftig aufgenommene Ansprache des 1. Vorstehenden Finger eröffnet und dann kam durch Fräulein Berg ein schön ausgearbeiteter Prolog zum Vortrag. Ein etwa einstündiger Einakter „Wenn Tante Gustchen kommt“, durch Herrn Wittek sehr gut einstudiert, fand bei den Zuschauern großen Beifall. Den mitspielenden vier Damen und zwei Herren, sowie dem Spielleiter wurde durch Strauß bzw. Blumenspende der besondere Dank des Vereins ausgedrückt. Eine sehr reichhaltige, durch Spenden vieler Bürger beschickte Tombola fand sodann vollkommenen Absatz und erregte viel Freude. Der nun folgende, durch eine Polonaise eingeleitete Tanz hielt alle Anwesenden in sehr gemütlicher Stimmung bis 5 Uhr morgens zusammen.

Wegen Schienenanschwellung in der Mellestraße (ul. Mickiewicza) wird der Straßenbahnbetrieb am Mittwoch und Donnerstag durch Umsteigen aufrechterhalten.

Aus dem Gerichtssaal. Der mehrfach vorbestrafte Leonard Wojciechowski alias Ostrowski, sowie Paweł Doliński hatten sich vor dem hiesigen Bezirksgericht wegen folgender Straftat zu verantworten: In der Julinacht dieses Jahres wurden sie durch den Landwirt Popowowski aus Grzybno überrascht, als sie dessen abwesendem Nachbarn Tadek Skarbk eine Kuh aus dem Stalle zu stehlen versuchten, wobei der Hund scharf anstach. Beide flüchteten sofort unter Zurücklassung des Tieres, konnten dann aber ausfindig gemacht werden. Während sie in der Voruntersuchung angaben, den Verkauf der Kuh auf dem Jahrmarkt beabsichtigt zu haben, versuchten sie in der Verhandlung, die

Graudenz.

Habe mich in Grudziadz als

Zahn-Arzt

niedergelassen.

8072

Konrad Otta

9-1 Uhr 3-6 Uhr

Plac 23 Stycznia

im Hause des Herrn Marschler.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 9. Okt. 1932

20. Sonntag n. Trinitatis

Evangel.

Gemeinde

Graudenz, Borm. 10 Uhr

Prf. Gürtler, 11½ Uhr

Kindergottesdienst, Montag,

abends 8 Uhr Jungmädchen-

verein, 8 Uhr Jungfrauen-

verein, 8 Uhr Jugend-

heimabend, Dienstag, ab-

8 Uhr Posauenchor, Mitt-

woch, nachm. 5 Uhr Bibel-

stunde, abends 8 Uhr Kirchen-

chor, 8 Uhr Jungvolk, Heim-

abend, Donnerstag, abends 8 Uhr Jungmänner-Verein.

Stadtmission Graudenz, Ogrodowa 9-11

Vormitt. 9 Uhr Morgen-

andacht, ab. 6 Uhr Goan-

gelistung, 7 Uhr Jugend-

bundstunde, 2 Uhr Ente-

rbeitsfest in Treul, 4 Uhr

Ententeckfest in Hilmar-

dorf, Dienstag, ab. 1/2 Uhr

Dörfstabend, Mittwoch,

nachm. 4 Uhr Frauenstunde,

ab. 1/2 Uhr Gesangsstunde,

Donnerstag, abds. 1/2 Uhr

Bibelstunde, Freitag, ab-

7 Uhr Andacht in Weburg,

1/2 Uhr Männerstid., 4 Uhr

Kinderstunde, Sonnabend,

abends 7 Uhr Posauens-

chor.

Kirchl. Nachrichten.

Aufpolsterungen — Neuansertigung

v. Sofas, Matratzen, Chaiselongues, Anbringen

von Gardinen und Portieren, Ertüpfelung, Ar-

beits-Ausführung, Schuln., Tapezier u.

Decorationsmstr., Toruń, Maie Garbarz 15, 7033

7995 Kopernika 32, 7972

Schmalz Pfd. 1.00,

Rödöl Ltr. 1.30, Seife p.

Rieg. 1.10, gr. Seife 8d.

Radion, Minio 0.50, 0.80, „Tani Sklad“

7995 Kopernika 32.

Gute, billige 8083

Privat-Mittage

monatl. 22 zł, tägl. 80 gr.

Wegner, Kopernika 45.

Kultau, Borm. 11 Uhr

Entedankfest*, danach

Kindergottesdienst, Pfarrer Stefan.

St. Georgen - Kirche.

Borm. 10 Uhr Gottesdienst,

Pfarrer Heuer, 11½ Uhr

Kindergottesdienst, Mitt-

woch, ab. 7 Uhr Bibelstunde.

Rudolf. Bormitt. 9 Uhr

Entedankfest*, Pfarrer Stefan.

Kultau. Borm. 11 Uhr

Entedankfest*, danach

Kindergottesdienst, Pfarrer Stefan.

Rentschau. Borm. 10 Uhr

Gottesdienst, dan. Kinder-

gottesdienst, nachm. 3 Uhr

menbrachen. In bedenklichem Zustande wurden sie ins Krankenhaus gebracht. Die Wohnungseinrichtung ist vollständig demoliert worden. — Einem Unglücksfall zum Opfer fiel beim Holzfällen der Arbeiter Alfonso Michna, dem ein schwerer Ast auf den Rücken fiel. Bewusstlos mit mehreren Wunden am Kopfe brachte man den Unglücklichen ins Krankenhaus. — Einen Einbruch verübt blieb unbekannte Diebe in der Wohnung des Hausbesitzers M. Chymian und stahlen verschiedene Gegenstände im Werte von 185 Złoty. — Zum Schaden des Fr. Jansen in der Danzigerstraße wurden Handwerkszeug u. a. im Werte von 200 Złoty gestohlen.

cf. Gollub (Golub), 5. Oktober. Aus bisher unaufgeklärten Gründen brach in der Bäckerei von Breking Feuer aus. Die ganze Bäckerei mit einer neuzeitlichen Einrichtung wurde ein Raub der Flammen, während es gelang, daß sich daran anschließende Wohnhaus zu retten. Der entstandene Schaden ist bedeutend, da B. nur niedrig versichert war.

b. Gorzno (Górzno), 4. Oktober. Im benachbarten Dorf Miesiączkowo (Miesiączkowo) kam es in der vergangenen Montagnacht vor der Gastwirtschaft Fablonki zum Streit zwischen mehreren Bürgern. Als der Landwirtsohn Brzózki den Streit schlichten wollte, erhielt er vom Landwirtsohn Jankowski einen Hieb mit einer Baumlatte über den Kopf, so daß er zusammenbrach. Darauf zog J. ein Messer aus der Tasche hervor und brachte dem unglücklichen B. mehrere Stiche am Kopf, Arm und Brust bei. In sehr bedenklichem Zustand brachte man ihn zum Arzt.

tz. Konitz (Chojnice), 5. Oktober. Feuer entstand bei dem Landwirt Thomas Czapiewski im Wohnhouse und zwar wegen eines defekten Schornsteins. Das Haus mit allem Mobiliar wurde eingeaßert. Der Schaden beträgt ungefähr 7000 Złoty und ist durch Versicherung gedeckt. — Einem Anwohner der Schloßhausstraße wurde von seiner Parzelle der gesamte Kohl gestohlen. Der Schaden ist beträchtlich. — Gestern mittags landete ein Flugzeug, das aus der Richtung von Berent kam, hinter der Staroste, nachdem es mehrere Male über der Stadt gefreist hatte. Es ist anzunehmen, daß ein Motorshaden das Flugzeug zur Notlandung zwang.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft tagt in Danzig.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 5. Oktober 1932.

Nach vorangegangenen Arbeitssitzungen der Sonderausschüsse und Fachabteilungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft fand heute Nachmittag die öffentliche 121. Hauptversammlung statt, die von Exzellenz von Berg-Markien eröffnet und geleitet wurde. Er führte aus, Danzig sei als Tagungsort gewählt als Zeichen innerer Verbundenheit und Zusammenghörigkeit, die auch keine Grenzziehung aufheben könne. Die Seiten stehten seien solche bitterer Not für die Landwirtschaft, wie auch die ältesten Landmirs sie noch nicht erlebt hätten. Groß- und Kleingrundbesitz ringen um ihre Existenz, um den seit Generationen angestammten Besitz, nicht minder schwer kämpfen die Siedler, die sich ein neues Heim suchen. Die Not habe im Osten begonnen, aber forschreitend auch den Westen und Süden Deutschlands ergriffen, trotz der klimatisch günstigeren Verhältnisse, der langen Vegetationsperioden, des fruchtbareren Bodens. Der schwer ringenden Danziger Landwirtschaft helfen zu können, sei der Wunsch der D. L. G., die wisse, daß sie es wert sei, daß zäher deutscher Fleisch hier Großes geleistet habe. Zum Schluß führte der Redner aus, die Regierungen in Deutschland und in den Ländern befreien sich darauf, wo die Wurzeln der deutschen Kraft lägen. In der deutschen Scholle, beim deutschen Bauern. Und daß es dabei bleibe, dafür gebe der Reichspräsident von Hindenburg Gewähr und Zuversicht.

Namens des Senats begrüßte der Vizepräsident des Senats Dr. Wiescański - Kaiser die Tagung. Er stellte die Danziger Landwirtschaft der Vorkriegszeit in ihrer Blüte der heutigen Lage gegenüber. Aus einem Bedarfslande, dem er solange angehörte, ist das Danziger Gebiet ausgegliedert und einem Überschussland wirtschaftlich angegliedert worden. Auf der einen Seite ist den Erzeugnissen der Danziger Landwirtschaft der Weg nach Deutschland vermauert und von der anderen Seite strömen die billiger erzeugten landwirtschaftlichen Produkte des polnischen Hinterlandes ungehindert nach Danzig herein, überschwemmen den Danziger Markt, unterbieten dort Danzigs eigene landwirtschaftliche Produkte, und ihr Überschuss wandert mit den teurer erzeugten landwirtschaftlichen Produkten Danzigs zusammen auf den Weltmarkt mit seinem niedrigen und ewig schwankenden Preisniveau hinaus. Der Preisausfall, den die Danziger Landwirtschaft dadurch erleidet, daß Danzig nicht mehr zum Reiche gehört, sondern jetzt mit Polen wirtschaftlich zusammengekoppelt ist, überschreitet bei Zugrundelegung der Königsberger Preise alljährlich den Betrag von 29 Millionen Gulden. Demgegenüber sind infolge der polnischen Bollmaßnahmen alle Produktionsmittel teurer als in Deutschland. Mit der Bitte, dem deutschen Danzig zu helfen und seiner Landwirtschaft, schloß der Redner seine Ansprache.

Es folgte ein Festvortrag von dem Rektor der Technischen Hochschule Danzig Professor Dr. Hauser über die klimatische Begrenzung der landwirtschaftlichen Betriebsweise

Leistungssteigerung und Kostensenkung.

Der Vizepräsident des Danziger Senats Dr. Wierscinski-Kaiser hat die Bedeutung betont, welche die von der D.L.G. gebrachten agrartechnischen Anregungen für Danzig und besonders seine Landwirtschaft haben. War die Erörterung der vielfältigen Rentabilitätshilfen in Unkostenenkung und Leistungssteigerung für die Danziger Landwirtschaft von Wert, so wird auch die übrige deutsche Landwirtschaft aus den Verhandlungsergebnissen Nutzen ziehen können. Auch wer, wie es in den Verhandlungen wiederholt betont wurde, die grundlegende Besserung der landwirtschaftlichen Rentabilitätsverhältnisse in erster Linie von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Staates erwartet, muß sich darüber klar sein, daß damit eine dauernde Sicherung der Rentabilität nur durch die Maßnahmen der agrartechnischen Selbsthilfe möglich ist, die von der D.L.G. gefördert werden.

x. Zempelburg (Sepolno), 5. Oktober. In dem Dorfe Wiele hiesigen Kreises drangen un längt die Diebe nachts in die dortige Dampfmolkerei ein und stahlen 70 Pfund Butter.

Freie Stadt Danzig. Zwei tödliche Verkehrsunfälle.

Am Dienstag abend gegen 7.30 Uhr ereigneten sich in Danzig zwei tödliche Verkehrsunfälle. In der Halben Allee in Höhe des Cafés Kontekto stand auf dem Trittbrett eines von Danzig kommenden Straßenbahnwagens auf der den Haltestellen abgewandten, verschlossenen Wagenseite ein Mann, der die Fahrt anscheinend aus Ersparnisgründen auf diese Weise mitmachte wollte, ohne sich über die ungeheure Gefahr klar zu sein, in der er schwiebte. Als der Wagen sich der Haltestelle Halbe Allee näherte, kam aus Richtung Langfuhr ein anderer Straßenbahngzug, durch den der Schwarzfahrer vom Trittbrett gestreift und zu Boden geschleudert wurde. Er blieb blutüberströmt liegen. Von Passanten wurde der Schwerverletzte zunächst auf den Bürgersteig gebracht. Ein Streifenwagen des Verkehrsdezernates der Schutzpolizei brachte den Verunglückten, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, ins Städtische Krankenhaus, wo nur noch der inzwischen eingetroffene Tod festgestellt werden konnte. — Das zweite Opfer wurde der 28jährige Landwirtsohn Heinrich Enß. Enß fuhr mit seinem Motorrad auf der Chaussee von Warnau nach Kalthof. Kurz vor Kalthof begegnete er einem unbelichteten Spazierfahrzeug des Besitzers Loewen aus Heubuden, das von dem Kutscher Karl Janzen gelenkt wurde. Enß hakte mit dem Schalthebel seines Rades gegen den linken Kotflügel des Wagens und stürzte kopfüber zu Boden. Der Kutscher ließ den Verunglückten liegen und fuhr davon. Die benachrichtigte Polizei fand den Überfahrenden mit einer klaffenden Kopfwunde in einer Blutschale liegend vor. Der Schädel war am Hinterkopf gespalten. Der hinzugezogene Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Der Kutscher wurde verhaftet; er gab an, daß ihm die Wagenlaterne durch den Wind ausgeblassen worden sei.

Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft hat sich nun bald 50 Jahre lang als Organisation der wirtschaftlichen und technischen Selbsthilfe des Berufsfeldes betätigt. Vor die breitere landwirtschaftliche Öffentlichkeit tritt sie jährlich Ende Januar, Anfang Februar mit der großen Winterversammlung in Berlin, aus der sich seit einer Reihe von Jahren die „Grüne Woche“ entwickelt hat. Im Frühjahr werden die Wanderausstellungen im Rundgang durch Deutschland durchgeführt, 1933 vom 20. bis 28. Mai in Berlin. In den Gebieten, die wegen der Verkehrsverbindungen für eine Ausstellung nicht in Betracht kommen, finden dann im Oktober die Herbstversammlungen statt.

Waren die Beratungen der Herbstversammlung in Danzig auch naturgemäß stark auf

die besonderen Fragen des Ostens

eingestellt, so hat der tragende Gedanke der Tagung doch aktuelle Bedeutung für die gesamte deutsche Landwirtschaft; Leistungssteigerung und Kostensenkung. Dabei kam gleich in dem ersten Referat der ersten Abteilungsversammlung bei der Behandlung moderner Düngertechnik ein besonderes Gefahrenmoment für die deutsche Landwirtschaft zur Sprache. Die wissenschaftlichen Institute sind bei den heutigen Sparmaßnahmen nicht mehr in der Lage, im erforderlichen Umfang die Neuerungen und Fortschritte der ausländischen Agrartechnik auf ihre Bedeutung für die deutschen Verhältnisse zu prüfen. Bleibt das so, dann müßte das Ausland erneut einen Vorsprung vor der deutschen Landwirtschaft gewinnen. Die Rentabilitätshilfen müssen sich auf verhältnismäßige Kleinigkeiten beschränken, die aber zusammen bei der Vielfältigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes einen größeren Nutzen bringen können. Zu diesen Kleinigkeiten gehört die sorgfältige Wahl und Handhabung der Geräte und Maschinen. Die Technisierung der Landwirtschaft ist heute nicht mehr so modern wie noch vor wenigen Jahren; aber bei richtigem Einsatz der Maschinen und bei sachgemäßer Einordnung in den natürlichen Wirtschaftsablauf kann auch heute eine rationelle Mechanisierung wesentliche Steigerungen des Reinertrages bringen. Bei den großen Entfernungen auf dem Lande spielt die Lastenförderung eine erhebliche Rolle.

Auf dem Hof lassen sich doppelte Gänge vermeiden. Bei der Fahrt auss Feld ist die Ersparnis an Kraftaufwand eine Frage der Begeinstaltung und des zweckmäßigen Fuhrwerks. Der Transport zur Stadt kann zugleich durch volle Ausnutzung jeder Fuhr und durch möglichst weitgehende Bereitung der Erzeugnisse auf dem Hofe verbilligt werden. Die allgemeinen Fragen der Tierzucht haben auch für den Osten, dessen Erträge an 60 Prozent auf den Viehstall kommen, hervorragende Bedeutung. Gleichmäßig bei der Fleisch- und Milcherzeugung spielt die sorgfältige Leistungskontrolle nach Rasse und Familie eine Rolle. Grundlegend für die Leistungssteigerung und die Erreichung der Rentabilität ist aber die Fütterungsfrage. Wie wichtig das ist, ergibt sich allein aus der Tatsache, daß in weiten Landstrichen die Durchschnittsleistung je Küch 2200 Liter beträgt, während die Rentabilitätsgrenze bei den weitgehend feststehenden Unkosten zwischen 2400 und 2700 Litern liegt. Wie die Landarbeitsforschung die Aufgabe hat, die Arbeit des Bauern zu erleichtern, um ihm den Kopf für die modernen Betriebsdispositionen frei zu machen, so ist das im Rahmen der Schlüsselgewalt der Landwirt eine Aufgabe der Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereine, die sich übrigens im Osten verhältnismäßig früh und stark entwickelt haben, weil hier das Bedürfnis nach gemeinsamer rationeller Überwindung der großen Entfernungen zum nächsten Markt am stärksten war.

Das sind nur Beispiele für die vielseitige Behandlung der Leistungssteigerung und der Kostensenkung auf der Danziger Hauptversammlung der D. L. G. Es handelt sich dabei nicht lediglich um die Förderung der Landwirtschaft selbst. Nur eine in allen Betriebszweigen rentable Landwirtschaft kann auch durch Hebung der Kaufkraft und Belebung des Arbeitsmarktes für die ganze Volkswirtschaft von Nutzen sein.

Greta Garbo — Witwe?

Die Filmdiva soll seit 1924 heimlich verheiratet gewesen sein.

Das „Neue Wiener Journal“ bringt einen Bericht seines Stockholmer Korrespondenten, der, wenn er den Sachen entspricht, eine große Überraschung enthält. Der Berichterstatter behauptet nämlich, daß Greta Garbo eine Witwe ist, und zwar die Witwe des bekannten Filmregisseurs Mauritz Stiller, den sie im Jahre 1924 in aller Heimlichkeit in Konstantinopel geheiratet haben soll.

Der wahre Grund der Reise Greta Garbos nach Schweden soll nicht in dem Bedürfnis nach Ruhe oder in der Sehnsucht nach Schweden liegen, sondern in einem Prozeß um die Erbschaft Mauritz Stillers, der bekanntlich vor einiger Zeit von einer schweren Krankheit dahingerafft wurde. Bereits im Jahre 1923 hatten sich Stiller und die Garbo in Schweden kennengelernt. Als sie dann einige Zeit später zusammen nach Hollywood gingen, um den größten Erfolgen entgegenzugehen, machten sie kein Hehl aus ihrer gegeiserten Sympathie. Aber niemand wäre auf den Gedanken gekommen, daß sie Mann und Frau seien, daß sie sich in aller Heimlichkeit im Jahre 1924 in Konstantinopel hatten trauen lassen. Es ist schwer zu sagen, warum der berühmte Regisseur und die berühmte Filmdiva so tiefes Schweigen über ihre Ehe bewahrten.

Als dann Stiller starb und aus Greta Garbo eine Einflüsterin wurde, die tagsüber im Studio arbeitete, um ihre Freizeit — immer allein — auf ihrem Besitz in Beverly Hills zu verbringen, da glaubte man, daß sie sich aus Schmerz über den Tod des großen Künstlers Stiller zurückzog.

Wahrscheinlich hätte die Welt niemals das Geheimnis Greta Garbos erfahren, würde jetzt nicht beim amerikanischen Konsulat in Stockholm der Prozeß um den Nachlaß Stillers schwelen. Greta Garbo will unter allen Umständen die Erbschaft Stillers zugesprochen erhalten und sieht sich nun gezwungen, mit seinen Verwandten deshalb zu prozessieren.

Soweit der Bericht des Wiener Blattes. Von gut unterrichteter Seite wird der Behauptung widergesprochen, daß Greta Garbo mit Stiller verheiratet gewesen sei. Der Prozeß um Stillers Nachlaß sei, so sagt man, noch kein Beweis, daß eine Ehegemeinschaft bestanden habe.

Alleine Rundschau.

Was ist ein Zwiel?

Zu dem neuen Badehosen-Erlaß der Preußischen Regierung wurde der rechtsdeutschen Presse von amtlicher Seite folgende Erklärung angestellt:

„Im Publikum hat es vielfach heiteres Erstaunen hervorgerufen, daß der neue Badeanzugs-Erlaß der Preußischen Regierung ausgerechnet in einem Zeitpunkt erschienen ist, in dem das Baden im Freien im allgemeinen aufzu hören pflegt. Zur Erläuterung dieser seltsamen Tat sache wird von zuständigster Seite mitgeteilt, daß diese Verordnung auf einen Wunsch der Industrie zurückzuführen ist, die ihre Kollektionen für das nächste Jahr jetzt vorbereiten muss und deshalb die zuständigen Behörden gebeten hat, doch Anhaltspunkte für die Badekleidungen zu geben, die in Zukunft erlaubt sein sollen. Daraufhin haben sich Vertreter der Behörden mit Vertretern der Industrie zusammengesetzt und auf eine kurze präzise Darstellung der Grundlinien geeinigt, die dem Preußischen Ministerium für Badebekleidung im Sommer geboten erscheinen. Das war um so notwendiger, als die deutsche Industrie ja auch mit der Konkurrenz des Auslandes zu rechnen hat und deswegen rechtzeitig wissen muß, was in Deutschland in Zukunft erlaubt sein wird oder nicht. Der Begriff „Zwiel“, der vielfach nicht verstanden worden ist, läßt sich am einfachsten dadurch erklären, daß ein Stoffeinsatz im Schritt gemeint ist, der für die Badebekleidung ebenso wie für die gewöhnliche notwendig erscheint.“

Die Preußische Staatsregierung bereitet übrigens auch eine neue Notverordnung vor, die eine Änderung des „Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ bewirkt und die Prostitution einschränken soll.

Der Welttag einer siebzehnjährigen Inderin.

Sebarabi Muzumdar, ein siebzehnjähriges Hindumädchen aus der Stadt Mandiram in Bengal, wird in einigen Tagen zu einem Flug um die Welt starten. Die erste Etappe ihres Fluges wird sie von Kalkutta nach Moskau bringen, von wo aus die Lustreise nach London fortgesetzt werden soll. Die junge Fliegerin beabsichtigt, einige Tage in London zu verweilen. Sie wird während ihres Aufenthaltes in der englischen Hauptstadt in dem indischen Studentenheim wohnen. Von der westlichen Küste Irlands aus beabsichtigt Fräulein Muzumdar, den Atlantik-Flug anzutreten, um dann über San Francisco, die Hawaii-Inseln, Japan und China nach ihrer indischen Heimat wieder zurückzukehren. Neben Miss Muzumdar werden sich an Bord des Flugzeuges noch ein Pilot und ein Mechaniker befinden, beide Hindus. Am Tage will die siebzehnjährige Fliegerin selbst die Flugmaschine steuern und nur bei Nacht ihren Sitz am Steuer dem Begleiter abtreten. Eine heilige Kokosnuss wird als Amulett auf den Welttag mitgenommen werden.

Die „Unberührbaren“ stehlen Götter.

Gandhi hat kaum zu Hungern aufgehört und schon ist allerhand los in Vorderindien: Priester, die am Tage, nachdem er begonnen hatte, wieder Nahrung zu sich zu nehmen, in den Tempel der Götter Parvat kamen, bemerkten, daß zwei goldene Götterbilder, darunter das der Göttin Parvati selbst, gestohlen worden waren. Der Wert der goldenen Parvati wird auf etwa 3000 Pfund geschätzt. Als delikate Einzelheit erfährt man zu diesem Diebstahl, daß der geplünderte Tempel zu jenen gehört, die ihre Tore den Parias, den „Unberührbaren“ kurz nach Einsteigung von Gandhis und der Seinen Hungerdürigkeit geöffnet hatten.

Es ist ein Jammer mit Gandhis Hungerkuren. Kaum sangt er an zu essen, kaum werden die „Unberührbaren“ eingelassen, da berühren sie die Figuren schon wieder so stark, daß diese an ihren Fingern picken bleiben und das ganze Unglück wird erst bemerkt, bis die Gegenstände schon liquidiert sind und die Tausende von Pfunden die Portemonnaies der Unberührbaren wohl bauschen und berühren.

Polen wieder im Völkerbundrat.

Weitere polnische Pressestimmen.

Von unserem ständigen Warschauer
Beobachter.

Die Wiederwahl Polens in den Völkerbundrat wurde von der Regierungspresse mit ungemeinster, von der Oppositionspresse teils mit gemischter Freude begrüßt, teils mit kühler Gebärde zur Kenntnis genommen. Dieser außenpolitische Erfolg, dessen Tragweite jetzt viel, viel höher bewertet wird, als nach den Äußerungen der polnischen Presse aus jüngster Zeit zu erwarten gewesen wäre, kommt der Regierung in inneren politisch sehr zu statthen, denn er entzieht der oppositionellen Propaganda einige wirksame Argumente. Die Regierungspresse spricht von diesem Erfolge mit feierlichem Pathos. Vor allem ist sie sich dessen bewusst, daß Polen jetzt wieder ein starkes Interesse daran hat, die pessimistischen Prognosen bezüglich des Völkerbundes zunächst auf dem inneren Forum vergessen zu lassen und daß vom Völkerbunde in einem gehobenen Tone gesprochen werde, als ob nichts geschehen wäre, was den Glauben an die ursprüngliche Bestimmung dieser Institution erschüttert hätte. Mit der Prestige-Steigerung des Völkerbundes scheint eine Prestige-Steigerung Polens, seiner Regierung und der Außenpolitik dieser Regierung gegeben zu sein.

Was bedeutet die jetzige Wiederwahl Polens in den Völkerbundrat — nach der Dertung, die dieser Tatsache seitens der maßgebenden Faktoren der polnischen Außenpolitik gegeben wird? Die halboffizielle Agentur „Iska“ gibt dies in folgender Erklärung bekannt:

„Die öffentliche Meinung in Polen war überzeugt davon, daß die Völkerbundversammlung in eben dieser Weise wiederum die bedeutsame internationale Rolle Polens und dessen gewichtige Bedeutung anerkennen werde, welche Polen zu einem im Völkerbundrate unentbehrlichen Faktor machen. Die Tragweite dieser historischen Rolle Polens wird sich besonders ausprägen, wenn man erwägt, daß sie sich aus der geographischen Situation Polens ergibt und in der Kontinuität seiner unveränderlich friedlichen Politik zum Ausdruck kommt.“

Das sogenannte „halbständige Mandat“ Polens im Völkerbundrate, hervorgegangen aus den Gründen, auf denen sich bis heute die Verteilung der Sitz im Rate stützt, ward im Jahre 1926 in dem Augenblick festgelegt, als Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden war, und einen ständigen Sitz im Rate zuerkannt erhalten hatte; es wurde gewissermaßen im Jahre 1929 bestätigt, als Polen beinahe einstimmig zum zweiten Male gewählt wurde. Das Ergebnis der heutigen Abstimmung kann mit Recht als Stabilisierung des Polen im Jahre 1926 zu erkennende Sitzes betrachtet werden.

„Es ist festzustellen, daß diese Tatsache in der jetzigen internationalen Situation der Ausdruck der einträchtigen Bemühung des Völkerbundes in der Richtung der Wahrung des jetzigen Kräfteverhältnisses nicht nur innerhalb des Rates, sondern damit auch in Europa ist. Auf diese Weise hat der Völkerbund noch einmal die Notwendigkeit dokumentiert, eine einträchtige Arbeit in der Richtung der Normalisierung der Verhältnisse in Europa auf Grund des bestehenden Zustandes zu ermöglichen, dagegen die Hervorbringung von Änderungen und die Schaffung neuer, die jetzige Ordnung in Europa zerstörender Systeme zu vermeiden“...

Das alles sollen — nach der offiziellen polnischen Auslegung — die Staaten, welche ihre Stimmen für Polen abgegeben haben, durch ihre Stimmenabgabe zum Ausdruck gebracht haben. — Die „Iska“ unterläßt es nicht, das besondere Verdienst des Außenministers Baleski an dem Ergebnis der Wahl in den Völkerbundrat zu buchen.

Die Organe der Opposition

dagegen vermögen mit diesem Stil nicht zu harmonieren. Man mäkelt am Erfolg herum und sucht fleißig alle Flecken am Genfer Ratsgewande heraus. Da äußert sich z. B. der Senator Koskowsky im „Kurier Warszawski“, wie folgt: „Der gestrige Wahl Polens war der nicht frohe Umstand günstig, daß der internationale Wettbewerb in Genf immer schwächer ist. Niemand hat es dort allen eilig, sich um Stellungen und Würden zu bemühen. Inmitten dieses Augenblicks, in dem von der Krise des Völkerbundes die Feinde desselben mit Schadenfreude und die Anhänger desselben mit Melancholie sprechen.“ Koskowsky ergeht sich dann in frommer Eintracht mit den „melancholischen“ Anhängern des Völkerbundes in Klagen über das düste Verhängnis, das über Genf schwelt. Er nennt auch die böswichtiger: Deutschland, Italien, Japan, von denen der „Wächter der internationalen Nachkriegsordnung“ (nämlich der Völkerbund) in „tragische Dilemma“ gesetzt wird und schließt mit einem tief pessimistischen Aufruf, daß von keiner Seite eine Rettung für den in der Krise siebenden Völkerbund zu erblicken sei.

Senator Koskowsky ist eine Cassandra-Natur und hat einen angeborenen Hang zu düsteren Visionen. Andere Publizisten der Opposition sind glücklicher veranlagt und finden es nicht richtig, den Genius des Augenblicks aus dem Grunde zu verschämen, weil morgen... ein Unglück passieren kann. Es ist das rechtsoppositionelle „ABC“-Blatt mit dem Erfolg Polens in Genf überaus zufrieden. Es ist so freudig gestimmt, daß ihm sogar der Umstand, daß wir in den Völkerbundrat zusammen... mit Mekko gewählt sind, die Freude nicht stört. Obwohl das Blatt boshaft gesteht, daß „der Lauf der Ereignisse nicht nur seinen Verstand, sondern auch seinen Will hat.“

Das Blatt geht nicht aufs Große. Ihm genügen die vorläufigen Genugtuungen, welche Polen im Völkerbundrat haben wird, sozusagen die sicheren Spuren in der Hand des polnischen Ratsmitgliedes.

„Wir werden nicht nur für einen Moment als Angeklagte an den Ratsstisch, an welchem die Deutschen ständig sitzen, zu treten haben, wenn irgendeine Minderheitsklage oder irgendein Danziger Streit eingelaufen ist. Wir werden nicht hinter der Tür stehen, wenn der Rat unter Teilnahme Deutschlands — auf Grund der ihm im Versailler Vertrage (Art. 164 und 213) vorbehaltenden Rechte, sei es die wirkliche Abrüstung Deutschlands, sei es seine Forderungen im Bereich der Rüstungen beachtigen wird. Wir werden nicht als Nichtanwesende, unsere Freunde und Bundesgenossen, mit Frankreich an der Spitze, belästigen, daß sie sich unserer Angelegenheiten annehmen, auf welche die Deutschen auf ihre Weise ständig ihre Augen gerichtet halten.“

„Wir sind im Rate wieder für drei Jahre... Es bildet sich mangels eines geschriebenen Rechts ein Gewohnheitsrecht heraus. Das ist das Wichtigste und Vorteilhafteste!“

Das ist die Sprache des gesunden, realen Optimismus. Völkerbundkrise hin, Völkerbundkrise her — wo die Deutschen sind, müssen wir auch dabei sein. Das ist die Hauptache!

Zu dem gleichen Thema eröffnet der „Kurier Poznański“ ein nachgerade erheiternd wirkendes Schimpfskonzert mit antideutschen Vorzeichen, zu dem um so weniger Grund besteht, als bekanntlich die polnische Kandidatur von deutscher Seite nicht im geringsten behindert wurde. Das nationaldemokratische Posener Organ schreibt u. a.:

Das deutsche Vorgehen in der letzten Zeit hat sehr dazu beigetragen, die Wahl Polens in den Völkerbundrat zu sichern. Das brutale und aggressive Auftreten Deutschlands in der Frage der Rüstungs-Gleichheit ist allenfalls als der Wunsch Berlins aufzufassen, Rüstungen großen Stils zu beginnen. Wenn dies geschehen sollte, so würde das für die Abrüstungs-Konferenz und für den Völkerbund die größte Komplikation bedeuten. Anstatt die Einschränkung der Rüstung zu eröffnen, würde die Genfer Institution dazu beitragen, ein Weltkrieg ungehemmten Umfangs herbeizuführen. Die Mehrzahl der Staaten befürchtet deshalb die Politik der Regierung von Papen sehr kritisch, und dieser Ansicht gab auch England in seiner letzten scharfen Erklärung über den Standpunkt Deutschlands in der Rüstungsfrage Ausdruck. Natürlich wird die Stimmung, die Deutschland nicht freundlich ist, der Frage der Abrüstung selbst nicht präjudizieren. Gerade die heutigen Depeschen berichten von einer neuen englischen Intervention, um Frankreich zu Zugeständnissen zu veranlassen. Die diplomatischen Methoden Deutschlands werden immer aufreizender. In Genf sieht man keine Politik der Ultimata. Der Standpunkt Deutschlands: „entweder nehmt ihr meinen Gesichtspunkt an, oder ich verlasse die Abrüstungskonferenz!“, wurde in den internationalen Kreisen als anstößig aufgefaßt. Die Ablehnung aller Kompromißformeln durch Deutschland, die Leiblin von dem Vorsitzenden der Abrüstungs-Konferenz, Herrn Henderson, in Vorschlag gebracht wurden, hat Deutschland auch keine Sympathien gebracht. Und endlich hat man die Abreise des deutschen Außenministers von Neurath aus Genf am Vorabend der Rede Herriots als eine Provokation angesehen, namentlich da Herriot Herrn von Neurath mitgeteilt hatte, daß er reden würde. Der deutsche Minister hat seine Imperitivs so weit getrieben, daß er bei der Abreise von Genf sein Bedauern ausgesprochen hat, daß er Herrn Herriot nicht sehen konnte, als ob er von diesem einen Besuch erwartet hätte, den Herriot als Regierungschef Herrn von Neurath als Minister nicht zuerst zu machen brauchte. Dieses ganze Auftreten schuf in Genf für Deutschland eine unerwünschte Atmosphäre, und niemand glaubte daran, daß man Deutschland eine solche Satzung bereiten würde, wie die Ablehnung der Wahl Polens, dessen Sitz im Rate notwendig ist für die Interessen des Bundes und aus verschiedenen anderen politischen Gründen wie z. B. wegen der Nachbarschaft mit Russland. Deutschland hat schließlich gegenwärtig seine ganze Kraft auf die Rüstungsfrage konzentriert und wollte sich durch eine Agitation gegen die Wahl Polens keine neuen Schwierigkeiten bereiten. Man beschränkte sich auf Proteste und Entrüstungen in der Presse, um von neuem von der Ungerechtigkeit schreiben zu können, die Deutschland zugesetzt werde. Auf diese Weise hat also die Regierung Papens, der zu Gunsten seiner Popularität im Innern aus Mangel an anderen Argumenten seine außenpolitischen Forderungen in brutaler, kantiger und demagogischer Weise stellt, dazu beigebracht, solche Verhältnisse zu schaffen, die für die Wahl Polens in den Völkerbundrat günstig waren. Die Mehrzahl der Staaten, die in Genf versammelt sind, versteht immer mehr diese Wahl als eine natürliche und namentlich dem Völkerbund selbst vorteilhafte Sache. Polen hat ohne weiteres auf einen Sitz im Völkerbundrat Anspruch. Auf diesen Sitz können wir um keinen Preis verzichten, und deshalb haben wir auch gewissen unglückseligen Stimmen einiger Sanierungsblätter widersprochen, die unlängst gemeint hatten, daß es nicht wert sei, sich um die Wahl in den Völkerbundrat zu bemühen.

Geld, Geld und abermals Geld. Hinter den Kulissen des Völkerbundes.

Das rechtsoppositionelle Warschauer ABC-Blatt veröffentlicht einen Artikel, der sich mit den Kosten beschäftigt, welche die Tätigkeit des Völkerbundes erfordert. In dem Aufsatz heißt es u. a.:

Hinter den Kulissen dieser geschäftigen, aber ungemein teuren Institution, wie sie das Generalsekretariat des Völkerbundes ist,wickelt sich eine interessante Diskussion ab, die vor dem Zeitungsvertreter, der alles wissen möchte, diskret verheimlicht wird. Die Wirtschaftskrisis, die in den Staatshaushalten der Staaten und in den Ausgaben vieler Genfer Delegationen zur Sparsamkeit zwingt, hat diese Delegationen veranlaßt, mit der Forderung auf Herabsetzung des Budgets des Völkerbundes und damit auch der Beiträge hervorzutreten, die von jedem Staat zur Unterhaltung des Sekretariats des Völkerbundes aufgebracht werden müssen. Diese Frage wurde formell schon vor einem Jahre aufgeworfen; es wurde eine Kontrollkommission gewählt, die Delegierten der einzelnen Staaten teilten diese frohe Botschaft ihren Finanzministern mit, und nun erhielten sie nach der Ankunft in Genf die Paste: Der Haushaltsvoranschlag des Generalsekretariats für das Jahr 1923 sieht im Vergleich zum laufenden Jahre eine Mehrausgabe von 519 737 Schweizer Franken vor. Am Genfer See entstand ein Sturm. Die Budgetkommission des Völkerbundes, die sich aus Vertretern der einzelnen Staaten zusammensetzte, denen man als Beamten die Zahlungen gekürzt hatte, fand nicht Worte genug, ihrer Kritik zu Ausdruck zu geben. Und dadurch wurde die Sache, die geheim gehalten werden sollte, ein offenes Geheimnis.

Diese Entrüstung ist begründet, wenn man sich die Zahlen des Haushaltsvoranschlages näher ansieht. Das Budget für 1923 sieht in den Ausgaben 33 267 148

Schweizer Franken, d. h. etwa 60 Millionen Gold, vor. Dieser Betrag wird vollkommen aus den Beiträgen der einzelnen Staaten gedeckt. De facto aber ruht die ganze Last der Unterhaltung der Liga auf den europäischen Staaten; denn ein Exote zahlt entweder wenig (mit Ausnahme von Japan), oder gar nichts. Im Rückstande sind besonders die südamerikanischen Staaten. Die Staaten, die dem Völkerbundrat angehören, müssen einen besonderen Tribut entrichten. Die Würdenträger im Sekretariat des Völkerbundes haben durchaus nicht den Beweis dafür geliefert, daß sie ein Verständnis für die Krise und die heutige Wirtschaftslage haben. Auf jede Art versuchen sie, einen Einfluß auf die einzelnen Delegationen dorthin auszuüben, daß man die Ausgaben des Völkerbundes und damit ihre riesigen Gehälter nicht herabsetzen solle.

Das Gehalt des Generalsekretärs des Völkerbundes beträgt jährlich 100 880 Schweizer Franken. Dazu kommen: die Wohnung, die Repräsentationsausgaben, sowie die Tagegelder während der dienstlichen Tätigkeit außerhalb von Genf, die das Doppelte des Gehalts ausmachen, zusammen also 200 000 Fr. jährlich. Vier Untersetzungsräte bezahlen je 75 000 Schweizer Franken. Nicht schlecht stellen sich auch die Gehälter der anderen Angestellten des Sekretariats der Liga dar. Der Leiter der Informationsabteilung erhält 53 000 Schweizer Franken, der juristische Rat des Sekretariats 75 000, die Abteilungsleiter 25–38 000, die Referenten 20–28 000, die Sekretäre 14–16 000, der oberste Intendant 29 000, die Stenographen 9–11 000, die Telefonistinnen je 7000 jährlich, natürlich alles in Goldfrank. Der Leiter der Hygieneabteilung, der Vertreter Polens, Herr Naujmann, bezahlt jährlich 53 000 Schweizer Franken, der Direktor des Internationalen Arbeitsbüros, Herr Butler, 90 000 Franken.

Mancher Leser dürfte wohl der Ansicht sein, daß sich die Beamten des Völkerbundes gewiß tot arbeiten. Es muß aber gezeigt werden, daß es selbst im Paradies keine so angenehme und sorglose Arbeit gibt, wie in der, an dem schönen Genfer See mit der Aussicht auf den Montblanc gelegenen Institution. Der Dienst beginnt um 10 Uhr und endigt um 1 Uhr mittags; am Nachmittag beginnt er um 5 Uhr und ist um 6½ Uhr zu Ende. Das ist alles. Einen großen Teil der Zeit nehmen angenehme Unterhaltungen und gegenseitige Besuche in den Büros ein. Auf dem Konto Polens figurieren im Völkerbund etwa 20 Angestellte, darunter nur drei katholische Polen (Neyman, Romer, Potulicki). In der letzten Zeit wurden zwei Juden engagiert: Barcinski, der Sohn eines Industriellen aus Łódź und ein gewisser Bóltovski. Einige Personen werden als Polen bezeichnet, trocken sie die polnische Sprache nicht beherrschen und es zweifelhaft ist, ob sie überhaupt die polnische Staatsangehörigkeit besitzen.

Wenn schon von den Gehältern die Rede ist, so muß auch die Frage beantwortet werden, wieviel der Unterhalt in Genf kostet. Ein Zimmer mit vollständiger Verpflegung in einem guten Pensionat kostet 6–10 Franken täglich, je nach der Lage des Pensionats und des Zimmers. Die Lebensstufe ist im Vergleich zu Polen hoch. Für ein gemietetes Privatzimmer allein zahlt man zwei Franken täglich. So haben sich wenigstens viele polnische Pressevertreter eingerichtet. Der Vorschlag, die Ausgaben des Sekretariats des Völkerbundes zu vergrößern, hat in den Delegationen böses Blut hervorgerufen. Augenblicklich werden Drohungen laut, daß eine Herabsetzung des ganzen Budgets unvermeidlich sei. Doch diese Drohungen werden nur in den Wandelgängen laut. In den Sitzungen der Haushaltskommission schaut eine Delegation auf die andere, jede möchte gern helfen, ohne aber in erster Linie zum Angriff überzugehen und sich damit bei den Würdenträgern des Völkerbundes in ein schlechtes Licht zu setzen.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 8. Oktober.

Königsuferhausen.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 11.00: Stunde der Unterhaltung. 12.00: Wetter. Aufsatz: Bekannte Opernmelodien (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderabendstunde. Wir bauen eine Festfeier (I): Das Karussell. 15.45: Frauenstunde. Else Steup: Frauen helfen sich untereinander: Meine Nachbarin. 16.00: Berggrat Ruhwurm: Romantik und Volkshelden der Wisselwelt. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Reg.-Rat Dr. Biedel: Puschische Hygiene. 17.50: Prof. Dr. Rudolf Fitzner: Hellas und die alte Kultur des Westens. 18.05: Dr. Karl Th. Bayer: Musikalische Wochenschau. Biographien unserer großen Meister (II). 18.30: Dr. Johannes Günther: Deutsch für Deutsche (Umgangssprache). 18.55: Wetter. 19.00: Französischer Unterricht. 19.45: Verzweiflung zum Tode. 20.10: Von Leipzig: „Die lustige Witwe“. 22.10: Wetter, Nachrichten, Sport. 22.30: Von Budapest: Begrünermusik. 24.00–00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 11.30 ca.: Von Königsberg: Konzert, 13.00 ca. und 14.05: Schallplattenkonzert. 16.00: Die Urfahrt. Was ist dem deutschen Volke der Beamte? 16.30: Konzert. 18.00: Das Buch des Tages. 18.15: Die Zusammenfassung. 18.45: Heitdienst. 19.15: Abendmusik. 20.20: Von Leipzig: „Die lustige Witwe“. 22.10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22.40–24.00: Von Langenberg: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35–08.15: Frühkonzert. 11.30: Mittagskonzert. 13.30–14.30: Schallplatten. 15.30: Von Danzig: Bastelstunde für unsere Kleinen. 16.00: Konzert. 18.35: Von Danzig: Dr. Rudolf Knuth: Die Grundlagen der modernen Kunstuhrforschung. 19.00: Von der Staatsdomäne Mühlau, Kr. Osterode (Ostpr.): Erntefest in Masuren. 19.40: Felix Johannes, Sohn des Altmeisters Robert Johannes, liest aus den Werken seines Vaters. 20.00: Wetter. 20.10: Von Leipzig: „Die lustige Witwe“. 22.10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. Aufsatz, bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Warschau.

12.45: Schallplatten. 16.25: Schallplatten. 17.00: Konzert des Funkorchesters. 20.00: Leichte Musik. Funkorch. Dir.: Nawrot. Laskowski, Tenor. 21.05: Konzert-Fortsetzung. 22.05: Kompositionen von Chopin. Nabewicz, Pianistin. 23.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

J. S. in II. Die neue Anfrage und die neue Skizze haben sachlich nichts Neues für uns gebracht, und wir können Ihnen nur das sagen, was wir Ihnen in der Nr. 222 vom 28. September gesagt haben. Nämlich, daß Sie dem Nachbar und seinen Leuten das Gehen durch das Gehäß auf Grund des Vertrages jederzeit verbieten können. Aber dazu brauchen Sie doch kein Tor zu bauen, es genügt doch ein Verbot, wenn nötig durch das Gericht, worin Sie jede Zuwerbung handeln müssen. Eine Geldstrafe angedroht wird. Wenn Sie ein Tor bauen, da müssen Sie ja dabei einen Wächter postieren, der einem Wagen das Tor öffnet und es für jeden, der zu Fuß passieren will, vor der Tore schließt. Und wie ist es, wenn der Nachbar Sie zur Revanche für das Verbot für die Fußgänger durch vermehrtes und zweckloses Hin und Herfahren durch das Tor schlägt? Uns erscheint der ganze Plan des Tortores nicht sehr erfolgsversprechend.

Wirtschaftliche Rundschau.

Liquidation der staatlichen Radiotechnischen Werke Polens.

Vor etwa anderthalb Jahren wurde in Polen eine neue staatliche Fabrik unter dem Namen „Staatliche Radiotechnische Werke in Warschau“ eröffnet. Für diese Fabrik wurden mit großem Aufwand besondere Fabrikhallen, ein großes Gebäude als Bureau, Direktorengebäude, Laboratorien und Ausstellungsräume erbaut. Diese Fabrik war speziell für die Herstellung von radiotechnischem Gerät bestimmt, das bisher aus dem Auslande bezogen wurde.

Eigene Zeit lang hat die Fabrik tatsächlich mit Vollbetrieb gearbeitet, ihre Erzeugnisse fanden nicht nur bei den militärischen Stellen Polens Abnahme, sondern auch Eingang auf den Privatmarkt. Nach anderthalbjähriger Tätigkeit war die Fabrik, wie die „Gazeta Warszawska“ meldet, plötzlich verschwunden.

Die Maschinen und die gesamte Inneneinrichtung des Unternehmens wurden abtransportiert und die kostspieligen Maschinensäle, Bureaugänge usw. zu Garagen und Büros umgewandelt. Der Grund hierfür wird von dem genannten Blatt und von der Katowitzer „Polonia“ im wesentlichen gleichlautend wie folgt dargestellt.

Neben den Radiotechnischen Werken in Warschau existiert in Grochow eine Fabrik für Telefon- und Telegraphenmaterial und Apparate, die dem polnischen Post- und Telegraphenministerium gehört und seit einiger Zeit in Schwierigkeiten geraten ist. Das Post- und Telegraphenministerium wies bei den Militärbehörden darauf hin, daß die Staatlichen Radiotechnischen Werke überflüssig seien, da die Telefon- und Telegraphenfabrik des Postministeriums große ausländische Kredite erhalten und auch radiotechnisches Material sowie Empfangs- und Sendegeräte bauen werde.

Infolgedessen erfolgte die Liquidation der Staatlichen Radiotechnischen Werke und alle Maschinen und Einrichtungsgegenstände dieser Fabrik wurden nach Grochow transportiert und der Telefon- und Telegraphenfabrik des Postministeriums einverlebt. Um die vielen Maschinen aufzunehmen, wurde ein weiteres Fabrikgebäude erbaut.

Der Zusammenfluß der beiden Fabriken hat aber die Lage der Telefon- und Telegraphenfabrik in Grochow angeblich nicht bessern können. Während bei dieser Reorganisation die Staatlichen Radiotechnischen Werke grundsätzlich verloren haben, hat auch die Fabrik für Telefon- und Telegraphenapparate ebenfalls nichts zu tun, zumal die erwähnte Auslandsanleihe hauptsächlich in Form fertiger Waren gegeben worden ist.

Die beiden zusammengefügten Fabriken arbeiten augenblicklich nur drei Tage in der Woche, bei einem Überfluß an Arbeitern, mit denen man nichts anfangen weiß. Die Zahl der Direktoren soll vergrößert werden sein; dies hat aber bisher, wie die „Gazeta Warszawska“ ironisch schreibt, zu einer größeren Instabilität der Unternehmungen noch nicht beigetragen. D.P.W.

Danzigs seewärtiger Warenverkehr im August 1932

dp. Im August 1932 hat die seewärtige Waren-Einfuhr über Danzig 32 028,5 Tonnen, die seewärtige Waren-Ausfuhr über Danzig 399 958,2 Tonnen betragen. Auf die einzelnen Warengruppen entfielen hiervon folgende Mengen in Tonnen:

Warengruppen	Einfuhr		Ausfuhr	
	August	1932	August	1931
Lebens- und Genußmittel	7 396,0	7 648,7	32 029,9	47 904,3
Tierische Erzeugnisse und Waren daraus	2 253,2	3 859,6	2 560,4	2 391,6
Holz und Holzwaren	1 764,1	569,7	42 094,5	122 405,2
Baustoffe und keramische Erzeugnisse	743,9	401,5	167,6	1 799,8
Brennstoffe, Asphalt, Pech u. Erzeugnisse daraus	8 884,4	4 880,9	309 398,7	514 694,5
Chemische Stoffe und Erzeugnisse daraus	2 631,1	2 087,4	11 475,8	4 554,0
Grau, Metalle und Metallwaren	7 284,5	40 526,2	1 110,2	5 047,8
Papier, Papierwaren und Druckereierzeugnisse	309,7	419,0	194,4	428,1
Synthetische und Waren daraus	760,8	927,5	8,6	33,4
Kleidung, Galanteriewaren und dergleichen	0,8	0,5	18,1	8,8
Spreng- u. Schießmaterial	—	0,2	—	—
	32 028,5	61 321,2	399 958,2	699 267,3

Die schon in den Vormonaten beobachtete überaus scharfe rückläufige Bewegung im Danziger seewärtigen Warenverkehr hat auch im August angehalten.

Es verminderte sich gegenüber dem August 1931 die seewärtige Einfuhr um rund 29 300 Tonnen oder 37,8 v. H., die seewärtige Ausfuhr um fast 300 000 Tonnen oder 42,8 v. H.

In der Einfuhr fehlten diesmal wiederum völlig, wie schon seit Februar dieses Jahres Phosphorite und Superphosphate, von denen im August 1931 noch 2 603,6 Tonnen in den Hafen einkamen. Ganz bedeutende Einfuhrrückgänge wiesen ferner auf (sämtliche Angaben in Tonnen, die Zahlen für August 1931 sind in Klammern gesetzt):

Erze einschließlich Schwerspat 5 151,6 (37 668,8) und Eisen- und Stahlhalbfabrikate 400,7 (1 511,1). Bei anderen wichtigen Warenarten war die Einfuhrminderung weniger stark, so bei Schrott 476,3 (151,2), Pflanzenfette 1 068,0 (1 323,2), Tee 62,9 (67,1) und Papiermasse 15,2 (205,1). Fast gleich groß blieb der Import von Kaffee 385,0 (363,2). Dagegen ist der Import an folgenden Gütern gestiegen: Kohlen 7 591,0 (2 879,2), Heringe 6 149,6 (5 577,6), Kaffao 116,2 (94,7), frische Früchte 53,8 (33,1), tierische Fette und Öle 1 900,5 (881,8), Häute 291,9 (200,3), Kerbstoffe 1 007,2 (264,2), Sämereien 1 098,1 (88,8), Wolle 243,9 (149,9) und Baumwollgarne 228,1 (190,9).

An dem Absinken der seewärtigen Ausfuhrzahlen war vorwiegend der vermindernde Verband von Maschinenbauern schuld. In den Jahren wurden noch mehr als vorher wie im Parallelmonat des Vorjahrs, nämlich 293 386,3 (502 048,3) verschifft, an Holz weniger als ein Drittel: 36 887,3 (116 388,5), an Zuder weniger als ein Fünftel: 5 561,5 (29 631,0). Als weitere Güter, die zum Teil bedeutende Einfuhren im Export erlitten haben, sind u. a. zu nennen: Zement 155,8 (1 695,1), Zink 399,8 (1 978,9), Röhren 521,6 (761,5), Erzeugnisse aus Eisen und Stahlblech, Eisen- und Stahlschrauben 95,0 (249,4), Eier 18,0 (51,2) und Sämereien 1 427,4 (1 558,8).

Diesem großen Ausfuhrrückgang gegenüber konnte die Zunahme des Exports von anderen Waren einen Ausgleich nicht herstellen. Größer als im August 1931 war u. a. der Export an Getreide 19 575,7 (9 584,4), Roggen- und Weizenmehl 1 176,1 (894,5), Bacon 217,1 (139,0), Ölfrüchten 1 883,0 (1 458,0), natürliche Käffefalte 10 700,0 (8 480,1), Paraffin 1 201,7 (769,9), Häute 218,0 (58,5) und schweren Schmierölen 7 368,8 (93,5).

Ein polnisches Elektro-Syndikat gegründet. Diefer Tage kam die Gründung eines polnischen Elektro-Syndikats zustande. Dem Syndikat sind die größeren Fabriken dieser Branche, die elekrotechnisches Kleinmaterial, wie Armaturen, Anschlußkapseln, Kontakte, Schalter, elektrische Galanterieartikel usw. erzeugen, beigetreten. Es sind dies folgende Fabriken: Gebrüder Borowski in Warschau, die Firma Czajkowski in Bromberg, die Aktiengesellschaft Czehowice in Polnisch-Oberschlesien und die Firma „Kontakt“ in Lemberg. Wie die „Gazeta Handlowa“ hierzu erfährt, eröffnet das neue Syndikat in Warschau ein Verkaufsbureau für Erzeugnisse der angeschlossenen Firmen, dessen erste Aufgabe die Reorganisation der in dieser Branche herrschenden Abnahmen- und Zahlungsbedingungen sein wird.

Firmen-nachrichten.

v. Thorn (Toruń). In der Angelegenheit des Zahlungsausfalls der Pomorski Bank Rolniczy S. A. in Thorn Hauptversammlung der Gläubiger am 22. Oktober 1932, 11 Uhr, im Burggericht, Zimmer 7.

Graudenz. Zwangsversteigerung des Grundstücks Schlachthofstraße (Narutowicza) 15, Grundbuch Graudenz Band 67, Blatt 1905, und Band 64, Blatt 1838, Nutzungswert 265 bzw. 4000 Mark, eingetragen auf den Namen von Jan Bielawski und seiner Ehefrau Paulina, geb. Milińska, am 30. 11. 32, 10 Uhr vormittags, auf dem Burggericht, Zimmer 2.

v. Gdingen (Gdynia). Im Konkursverfahren über die Firma „Adria“, restauracja i kabaret, in Gdingen, Juh. Bolesław Kalemaj und Antoni Woźniak in Gdingen, Termin am 8. Oktober 1932, 10 Uhr, im Burggericht, Zimmer 23.

Der internationale Zutemarkt und Polen.

Dr. Cr. Im Rahmen der allgemeinen Rohstoffkrise zeigt auch der Zutemarkt in der jüngsten Zeit eine aufwärtsstrebende Tendenz. Die Steigerung der Rohstoffpreise verdient infolge großer Bedeutung, weil die indische Rohzucker die Basis der europäischen Rohzuckerindustrie darstellt und einen der wesentlichsten Produktionsfaktoren bei der Kalkulation der weiterverarbeitenden Zuckerverarbeitung bildet. Die Verhältnisse auf dem Rohzuckermarkt sind daher für die Gestaltung der Rentabilität der weiterverarbeitenden Industrie von großer Bedeutung. Die wesentlich verringerte indische Rohzuckerernte hatte bereits Anfang Juli eine leichte Festigung der rückläufigen Rohzuckerförderungen hervorgerufen. Anfang August erlebte diese Belebung durch Aufholung der Preise anderer Textilrohstoffe einen erneuten Anstieg. Da die Erwartung weiterer Preissteigerungen des Rohzuckers auf Boden gewinnt, sehen sich Großhandel und Industrie veranlaßt, sich rechzeitig mit den nötigen billigen Rohstoffen zu versorgen, was ein rasches Ansteigen der Nachfrage und somit ein Anziehen der Preise zur Folge hat. Die Rohzuckerförderungen in London und Kalkutta haben augenscheinlich mit 10% L pro Tonne bereits wieder den Stand vom Dezember 1931 erreicht, nachdem sie im Juni 1932 auf 14% L zurückgegangen waren. Es entsteht die Frage, ob diese Preissteigerungen von Dauer sind, und ob die gegenwärtige Haupe eine Krisenwende am Rohzuckermarkt und für die weiterverarbeitende Industrie bedeuten.

Seit 1930 bis Mitte September 1932 gestalteten sich die Preise für Rohzucker wie folgt (L je Tonne — First marks):

	1930	28,—
Niedriger Kurs	1930	21,15,—
Höchstkurs	1931	22,15,—
Niedriger Kurs	1931	14,5,—
Höchstkurs	1932	20,2,6
Niedriger Kurs	1932	14,7,6
1. September	1932	19,10,—
2. September	1932	19,2,6
3. September	1932	19,5,—
4. September	1932	19,5,—
5. September	1932	20,2,6
6. September	1932	19,12,6
7. September	1932	16,17,6

Die Entwicklung der Preisnotierungen zeichnet sich durch große Schwankungen aus. Doch folgte starke Preissteigerungen in den ersten Jahren nach dem Kriege ein anhaltender Preisverfall. Die Steigerung der Rohzuckerpreise in den ersten Nachkriegsjahren veranlaßte die europäischen Produzenten, sich mit größeren Rohstoffmengen zu versorgen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf die in Europa, insbesondere in den Inflationsländern, hervortretende Konjunktur, deren Struktur und Eigenart als Scheinkonjunktur lange Zeit nicht erkannt wurde. Die unkonfidierten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die Unübersichtlichkeit der Märkte infolge der Grenzverschiebungen zwischen den einzelnen europäischen Staaten, der Währungsverfall und der Drang nach Sachwerten, die Industrialisierung der neu entstandenen Staaten, hatten eine künstliche Aufblähung der Industrie und des Beschäftigungsgrades zur Folge. Mit der Stabilisierung der Währungen, mit der Regelung der politischen Verhältnisse mußte ein Rückschlag erfolgen. Der Abstieg der Konjunktur machte sich bald in den Preisstürzen für Rohzucker bemerkbar. Nunmehr faßten die Calcutta Mills den Entschluß, die Produktion zu drosseln, jedoch mit negativem Erfolg. Da die Ernte und der Anbau von Zuckerrüben leichter und billiger ist, als die Bestellung mit Reis, zieht der indische Pflanzer es vor, seine Felder mit Zuckerrüben zu bebauen, umso mehr, als die Ausfälle für Reis auf den internationalen Märkten sich gleichfalls ungünstig gestalten.

Um die Preise auf möglichst hohem Stande stabil zu halten, ging man nach 1926 anstatt zur Produktionsrestriktion zum Aufkauf der überflüssigen Vorräte über. Hierdurch regte man die Produktion an, und spornte die Pflanzer zur Vergrößerung des bebauten Areals in der Erwartung hoher Preise an. Die kurzfristige Politik der Calcutta Mills in den ersten Nachkriegsjahren rächtete sich in der Preisgestaltung für Rohzucker und führte über einen Höhepunkt im Jahre 1928 zu anhaltenden Preisabsenkungen und einem Rekordtiefe in dem letzten Wirtschaftsjahr.

Die günstige Lage am indischen Rohzuckermarkt konnte die europäische weiterverarbeitende Industrie nicht in dem erforderlichen Maße ausnutzen, denn die Rentabilität der Zuckerverarbeitung hängt, abgesehen von den Verhältnissen auf dem Rohzuckermarkt, von der Struktur dieses Wirtschaftszweiges in den einzelnen europäischen Staaten, ferner von der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur, in erster Linie von der Lage der Landwirtschaft ab, die als Verbraucherin der Zuckerrüben an erster Stelle steht. Ähnliche Gründe, die zur künstlichen Hochzüchtung der Rohzucker führten, waren in der ersten Nachkriegszeit für die weiterverarbeitende Zuckerverarbeitung Europas maßgebend. Die Erzeugung ohne genügende Versorgung und hatte starke Preischwankungen und Preis-

absenkungen zur Folge. Da fast alle europäischen Staaten, die über eine verarbeitende Zuckerverarbeitung verfügen, über den eigenen Bedarf hinaus produzieren, so sind sie alle auf den Absatz ihrer Produkte angewiesen und einem starken Wettkampf auf den internationalen Märkten ausgesetzt. Verstärkt wird diese Konkurrenz der europäischen Länder durch die wachsende Ausfuhr von Halb- und Fertigwaren aus Indien, das in den letzten Jahren 50 Prozent seiner Rohzucker im eigenen Lande verarbeitet und auf die europäischen Märkte wirkt.

Die krisenhaften Erscheinungen der europäischen Zuckerverarbeitung greifen auf Polen über. Bereits vor dem Kriege war Polen auf dem Absatz seiner überflüssigen Produkte angewiesen. Die Produktion in Kongresspolen vorhanden 4 Fabriken ging zu 75 Prozent nach Russland, während die im ehemals österreichischen Gebiete vorhandenen Betriebe die Innenmärkte Österreichs und die Oststaaten versorgten. Der Verlust der russischen Innenmärkte nach dem Kriege zwang die polnische Zuckerverarbeitung, die nach wie vor über den eigenen Bedarf hinaus produziert, neue Absatzmärkte für die überflüssigen Produkte zu finden. Auf dem Weltmarkt begegnet Polen der leistungsfähigeren Konkurrenz anderer europäischer Staaten. Obwohl Polens Ausfuhr von 1927 bis 1929 von 18 402 auf 57 169 Tonnen gestiegen ist, zeigt die Analyse der Ausfuhrziffern und der erzielten Preise, daß die Absatzmärkte, an denen es Polen gelang, in den letzten Jahren festen Fuß zu fassen, keineswegs als sicher zu betrachten sind. Der Wettbewerb Polens mit den anderen europäischen Staaten wird durch die Kapitalisierung Polens, durch die weiteren Entfernung vom Rohzuckermarkt und den Absatzländern wesentlich verschärft. Von der im Jahre 1929 erfolgten Centralisierung des Verkaufs im Ausland erwartet zwar die polnische Zuckerverarbeitung eine Hebung der Rentabilität, erachtet aber als notwendig, eine Verbilligung der Transportkosten und eine Erhöhung der gestiegenen Zölle zur Gewinnung der Industrie einzuführen.

Aus der Schilderung geht also hervor, daß sowohl bei der Rohzucker als auch bei der weiterverarbeitenden Industrie eine Überdimensionierung der Produktion im Zusammenhang mit einer Schrumpfung des Verbrauchs in erster Reihe für die Krise verantwortlich sind. Die jetzige Haupe auf dem Rohzuckermarkt würde also allein nicht genügen, um eine Krisenwende herzuführen. Es kommt weit mehr darauf an, ob auch die Nachfrage nach Rohzucker einen Aufschwung verspricht. Den letzten Meldungen zufolge scheint allerdings auch der Fertigwarenmarkt, insbesondere in Deutschland, neue Impulse bekommen zu haben. Angeregt durch die Vereinigung des Rohstoffmarktes sind Großhandel und Großkonsumenten zu umfangreichen Bedarfssdeckungen geschritten. Beim Absatz der Fertigwaren konnten sogar Preiserhöhungen bis zu 10 Prozent durchgesetzt werden.

Fair play im Handel

Der britische Fair Trading Congress hatte die Internationale Liga für Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs im Haag zu einer gemeinsamen Aussprache über die Wettbewerbsregelung eingeladen. Der Vizepräsident des Kongresses, Mr. Herbert R. Marsh, begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die europäische Bewegung, die sich die Gesundung des Wettbewerbssetzen zum Ziel gesetzt habe. Das Hauptreferat erstattete der Generalsekretär der Liga Th. Folker, den Haag, der einen umfassenden Bericht über den Stand des Kampfes in allen in Betracht kommenden Staaten des Kontingents gab. Durchweg standen, so betonte der Generalsekretär, drei Hauptfragen im Mittelpunkt des Interesses: Die Bekämpfung der Schleuderer, des Ausverkaufswesens und des Zugabewehrens.

Der Redner ging bei der Behandlung der einzelnen Punkte auchführlich auf die deutsche Gesetzgebung ein und würdigte insbesondere die deutsche Notverordnung vom 9. März 1932. Besonders Interesse erweckte die Aussführungen über die in diesem Gesetz vorgenommene Reglementierung des Zugabewehrens, die jüngste in Europa, die einerseits die Zugabe zwar grundsätzlich verbietet, auf der anderen Seite jedoch ein Wettbewerbsmittel gestattet